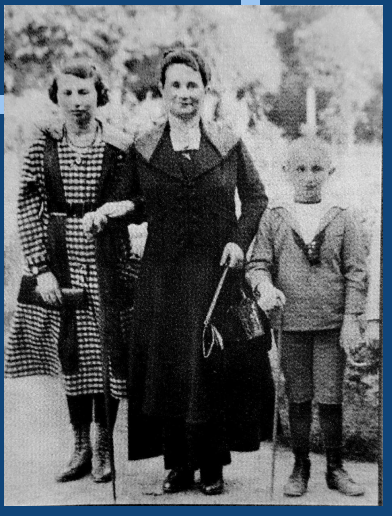
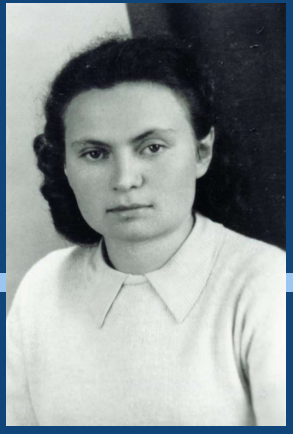
"Ich halte es hier nicht mehr lange aus ..."

Jüdische Zwangsarbeiter:innen in Leipzig





"Ich halte es hier nicht mehr lange aus.
Wir hausen alle auf dem Boden der
früheren Turnhalle in der Carlebach–Schule.
Jeden Tag holen sie Leute heraus und
schicken sie nach Polen.
Nur wer Arbeit hat, darf bleiben."

Auszug aus einem Brief von Lina Rochmann an ihre Tochter Berta in Rumänien vom 21. Januar 1940.

In: None of them were Heroes: Letters between the Lines 1938-1942, Chaim Rockman, Jerusalem 2003, S. 226 (eigene Übersetzung).

"Ich halte es hier nicht

Vorwort

...schreibt die Leipziger Jüdin Lina Rochmann im Jahr 1940 in einem Brief an ihre Tochter Berta in Rumänien Sohn. Dieser eindrückliche Satz beschreibt nicht nur ihre eigene verzweifelte Situation, die von Hunger, Entbehrung und Zwangsarbeit auf der städtischen Mülldeponie geprägt ist. Er steht stellvertretend für ein Schicksal, das zahllose Jüdinnen und Juden im nationalsozialistischen Leipzig mit ihr teilen mussten. So gilt er für die Mehrheit der Leipziger Jüdinnen und Juden, die wie Lina Rochmann bereits lange vor dem Zweiten Weltkrieg unterschiedliche Formen der Zwangsarbeit in Leipzig verrichten mussten, und deren Schicksal bislang weitestgehend unerforscht geblieben ist.
Er gilt aber ebenso für die jüdischen Frauen, die ab 1944 nach Leipzig verschleppt wurden, um hier in einem Außenlager des KZ Buchenwald Zwangsarbeit für die Rüstungsindustrie zu verrichten.

Im Mittelpunkt dieser Broschüre stehen die Stimmen der jüdischen Zwangsarbeiter:innen. Briefe, Erinnerungen und Fotos erzählen von Entrechtung und Demütigung, ebenso wie von Solidarität und Hoffnung. Den Selbstzeugnissen der Betroffenen sind dabei ausführliche Einführungstexte vorangestellt, die den aktuellen Forschungsstand und bestehende Forschungslücken zusammenfassen. Die Broschüre möchte dazu beitragen, Geschichte anhand der Biografien einzelner Menschen niedrigschwellig und zugleich wissenschaftlich fundiert nachvollziehbar zu machen. Wir laden alle Interessierten dazu ein, sich mit einem bislang wenig beleuchteten Kapitel der Leipziger Stadtgeschichte auseinanderzusetzen, und möchten dabei auch einen Anstoß geben, das Thema weiter zu erforschen und bekannter zu machen.

mehr lange aus ..."

Entstanden ist die Broschüre im Rahmen von „Tacheles. Jahr der jüdischen Kultur in Sachsen 2026“ in einer Arbeitsgruppe von Ehrenamtlichen der Gedenkstätte für Zwangsarbeit Leipzig. Wie auch sonst in der Arbeit der Gedenkstätte war der Kontakt zu Angehörigen und Nachfahr:innen ehemaliger Zwangsarbeiter:innen ein besonders wichtiger Teil des Projekts. Ihre Unterstützung hat es uns an vielen Stellen überhaupt erst ermöglicht, die Geschichte von Opfern und Überlebenden zu erzählen und durch Fotografien und weitere Dokumente lebendig werden zu lassen. Dafür möchten wir uns herzlich bedanken. Gefördert wurde das Projekt durch das Referat Strategische Kulturpolitik der Stadt Leipzig.

Tina Bähringer, Anne Friebel,
Lea Guhlmann, Lilith Günther
und Leonard Kiebel

Leipzig, Oktober 2026

Inhalt

Einführung: (Zwangs-)Arbeit und die Verfolgung von Jüdinnen und Juden im Nationalsozialismus 7

I. Radikalisierung des staatlichen Antisemitismus von 1933 bis 1938: Die „Pflichtarbeit“ von Erwerbslosen 14

II. Der „geschlossene Arbeitseinsatz“ Leipziger Jüdinnen und Juden von 1938 bis 1943 20

Rolf Kralovitz und Alfons Meister
Heinz Adolf Sprung
Lina Lassi Rochmann

III. Zwangsarbeit von jüdischen KZ-Gefangenen in Leipzig: Das Beispiel HASAG 42

Felicja Karay
Golda Finkler

Glossar 58
Literaturverzeichnis
Abbildungsverzeichnis
Impressum

Anmerkungen zur verwendeten Sprache
In der Forschung finden sich verschiedene Bezeichnungen für jüdische Zwangsarbeit, meist aus behördlichen Quellen entlehnte Begriffe wie z.B. „Arbeitszwang für Juden“, „geschlossener Arbeitseinsatz“, oder „jüdischer Arbeitseinsatz“. Auch die Bezeichnung „Arbeitsjuden“ für jüdische Zwangsarbeiter:innen ist hier zu nennen.

Eine Bemerkung zum Gendern: Sind alle Geschlechter betroffen, wird generell mit Doppelpunkt gegendert. Die Bezeichnung Nationalsozialisten wird im generischen Maskulinum verwendet, um die Vormachtstellung von Männern in der nationalsozialistischen Ideologie zu betonen. Nach der Empfehlung des Zentralrats deutscher Sinti und Roma wird die Selbstbezeichnung Sinti und Roma ebenfalls nicht gegendert. Zur Vereinfachung sprechen wir in dieser Broschüre von Zwangsarbeit von Jüdinnen und Juden und verwenden Zwangsarbeit als Oberbegriff, den es im Einzelnen zu spezifizieren gilt. Begriffe aus dem NS-Vokabular setzen wir generell in Anführungszeichen.

Nicht alle behandelten Themenkomplexe können detailliert beleuchtet werden, für eine tiefergehende Auseinandersetzung verweisen wir daher auf Literaturempfehlungen am Ende der Hintergrundtexte und im Literaturverzeichnis dieser Broschüre. Einige Begriffe sind bei ihrer ersten Erwähnung →markiert. Zu ihnen haben wir in einem begleitenden Glossar weiterführende Informationen hinterlegt.

(Zwangs-)Arbeit und die Verfolgung von Jüdinnen und Juden im Nationalsozialismus

Text: Lilith Günther

Einführung

Der Zwangsarbeitseinsatz ausländischer Zivilist:innen, Kriegsgefangener und KZ-Gefangener in Leipzig ist inzwischen gut erforscht. Doch obwohl Zwangsarbeit auch einen zentralen und untrennbaren Bestandteil der systematischen Verfolgung von Jüdinnen und Juden im Nationalsozialismus darstellte, konnte diese bisher nur punktuell untersucht werden. Diese Broschüre soll daher allen Interessierten als Einstieg in die Thematik dienen: Hintergrundtexte führen den aktuellen Forschungsstand zusammen und skizzieren die Rolle und Entwicklung des jüdischen Zwangsarbeitseinsatzes. Weiter geben sechs Biografien einen exemplarischen Einblick in individuelle Lebensgeschichten.

Im ersten Abschnitt dieser Broschüre skizzieren wir zunächst jüdisches Leben in Leipzig und die Intensivierung antisemitischer Verfolgung mit Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft. Wir beleuchten die ideologischen Hintergründe des Zwangsarbeitseinsatzes und geben an dieser Stelle eine Einführung in die ideologischen Verbindungen von Antisemitismus und nationalsozialistischer Arbeitsideologie anhand des Konzepts der „deutschen Arbeit".

Analog zur Radikalisierung der antisemitischen Verfolgungsmaßnahmen haben wir den Zwangsarbeitseinsatz von Jüdinnen und Juden zeitlich in drei verschiedene Phasen unterteilt. Diese Zeitabschnitte dienen zur Gliederung der Einzelkapitel und werden jeweils mit einem Hintergrundtext eingeleitet. Das I. Kapitel befasst sich mit den Anfängen jüdischer Zwangsarbeit ab 1933 und gibt einen Einblick in die städtische „Pflichtarbeit" jüdischer Leipziger:innen. Im Rahmen der Recherchen für diese Broschüre war es uns leider nicht möglich, einzelne Biografien zu ermitteln. Das II. Kapitel befasst sich mit der Zwangsarbeit jüdischer Leipziger:innen ab 1938 in öffentlichen und privatwirtschaftlichen Betrieben. Eine individuelle Perspektive ermöglichen die Biografien von **Rolf Kralovitz** und **Alfons Meister**, **Lina Rochmann** und **Heinz Sprung**. Das III. Kapitel ab 1943 schließlich beleuchtet jene jüdische Zwangsarbeiter:innen, die für die Arbeit in Rüstungsbetrieben in das KZ-Außenlager „HASAG Leipzig" deportiert wurden und stellt die Biografien von **Golda Finkler** und **Felicja Karay**, geb. Schächter vor.

Jüdisches Leben in Leipzig

Die erste Ansiedlung von Jüdinnen und Juden in Leipzig fand im 13. Jahrhundert statt. Nach wiederholten Vertreibungen und Pogromen im Mittelalter und in der Neuzeit gründete sich 1847 die Israelitische Religionsgemeinde zu Leipzig. Kurz darauf, zwischen 1854 und 1855, wurde die Große Gemeindesynagoge in der Gottschedstraße gebaut. Doch staatsbürgerliche Rechte wurden Jüdinnen und Juden in Sachsen erst ab 1868 gewährt. Damit einher gingen die Auflösung des Ansiedlungsverbotes außerhalb von Leipzig und Dresden und die wirtschaftliche Gleichberechtigung. Erst ab diesem Zeitpunkt war es jüdischen Menschen in Sachsen überhaupt möglich, handwerkliche Berufe auszuüben. Von besonderer Bedeutung für die jüdische Gemeinde war die Zeit von 1900 bis 1932. Seit Ende des 19. Jahrhunderts war die Stadt insgesamt stark gewachsen: 1925 zählte Leipzig etwa 680.000 Einwohner:innen, darunter 12.594 Menschen jüdischer Konfession. Die meisten sozialen und religiösen jüdischen Einrichtungen, Vereine und Verbände wurden in dieser Zeit gegründet, darunter einige Synagogen, die Höhere Israelitische Schule (Ephraim-Carlebach-Schule), das erste jüdische Krankenhaus Sachsens (in der heute nach dem Stifter benannten Eitingonstraße 12), und ein jüdisches Altersheim, gestiftet von der Familie Ariowitsch (heute ist das Ariowitsch-Haus ein jüdisches Kultur- und Begegnungszentrum). Die meisten jüdischen Einwohner:innen wohnten im Waldstraßenviertel – wenngleich sie in der gesamten Stadt verteilt lebten – und gehörten dem Mittelstand an. Sie waren Angestellte, Ärzt:innen, Rechtsanwält:innen, Künstler:innen, Handwerker:innen und Kaufleute. Als weltoffene Messestadt zog Leipzig seit jeher jüdische Kaufleute an, insbesondere der Textil- und Rauchwarenhandel am Brühl waren stark jüdisch geprägt.

Abb. 1: Stich einer äußeren Ansicht der neuen Gemeindesynagoge zu Leipzig, aus der Zeitschrift "Die Gartenlaube", 1854.

Überblick – Antisemitische Verfolgung im Nationalsozialismus

Ab 1933 bestimmten die Nationalsozialisten basierend auf ihrer rassistischen und antisemitischen Ideologie, wer als jüdisch galt. So wurden auch Menschen als „Juden“ verfolgt, die sich selbst nicht als jüdisch verstanden, beispielsweise weil sie ihre Konfession gewechselt hatten oder ihre Religion gar nicht ausübten. Mit der →Machtübertragung an die Nationalsozialisten im Jahr 1933 wurde →Antisemitismus zur Staatsdoktrin. Jüdinnen und Juden wurden ab diesem Zeitpunkt mit allen Mitteln verfolgt, die antisemitischen Maßnahmen intensivierten und radikalisierten sich stetig.

Die sogenannte →„Entjudung“ Deutschlands galt als oberste Aufgabe des national-sozialistischen Staats. In den ersten Jahren versuchte die Regierung, Jüdinnen und Juden durch Diskriminierung, physische Gewalt und systematische Ausgrenzung zur Auswanderung zu drängen. Gleichzeitig erschwerten oder verunmöglichten bürokratische Hürden und staatliche Maßnahmen die Ausreise. Solche Widersprüche veranschaulichen die Willkür nationalsozialistischer Politik.

Mit den →Nürnberger Gesetzen von 1935, also dem *Reichsbürgergesetz* und dem *Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der Ehre*, wurden deutsche Jüdinnen und Juden auf rechtlicher Ebene zu Bürger:innen zweiter Klasse degradiert und ihnen ihre politischen Rechte entzogen. So wurde beispielsweise die Ehe zwischen als jüdisch definierten Menschen und „Nicht-Juden“ als Straftat betrachtet. Um die Lebensgrundlage von Juden und Jüdinnen zu zerstören, wurden ab 1933 jüdische Geschäfte boykottiert, Jüdinnen und Juden von ihren Arbeitsplätzen entlassen und sich sukzessiv ausweitende Berufsverbote verhängt. „Arisierungsmaßnahmen“ führten zur Enteignung und Verarmung.

Abb. 2: Fotografie des staatlich organisierten Boykotts des jüdischen Kaufhauses Joske (Karl-Heine-Straße 43-45), 1. April 1933.

Ab dem Sommer 1939 gab es eine reichsweite Beschränkung für Wohnraum von jüdischen Menschen: Jüdinnen und Juden wurden gezwungen, auf engstem Raum in sogenannten „Judenhäusern“ zu leben. Einigen gelang in den 1930er Jahren die Emigration oder Flucht aus Leipzig, doch viele andere wurden von den National-sozialisten in →Konzentrations- und Vernichtungslager deportiert und ermordet. Zum Ende des Zweiten Weltkriegs war das jüdische Leben in Leipzig fast vollständig ausgelöscht. Von den etwa 15.000 aus Leipzig stammenden Jüdinnen und Juden überlebten nur Wenige. Lediglich 24 jüdischen Leipziger:innen gelang es, die →Shoah in Leipzig zu überleben, und nur einige Hunderte kehrten nach ihrer Befreiung aus den Konzentrationslagern nach Leipzig zurück. Im Mai 1945 gründeten sie die Israelitische Religionsgemeinde in Leipzig neu.

Einführung – Arbeitsideologie und Antisemitismus

Um die Hintergründe jüdischer Zwangsarbeit besser verstehen zu können, bedarf es einer Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Weltanschauung. Arbeit nahm in der Ideologie der Nationalsozialisten eine zentrale Stellung ein. Das Fundament der nationalsozialistischen Auffassung von Arbeit bildeten menschenverachtende Ideologievorstellungen, wie vor allem der →Antisemitismus, Rassismus, →Antiziganismus, Sexismus und (Sozial-)Chauvinismus. Dabei erfanden die Nationalsozialisten kein völlig neues Konzept von Arbeit, sondern orientierten sich an einem Konzept aus dem 19. Jahrhundert: Als Reaktion auf die Krisen der Moderne, des Kapitalismus und der Industrialisierung entwickelten sich damals in liberalen, konservativen und rechtskonservativen Kreisen spezifische Vorstellungen von einer Verbindung der Elemente Arbeit, Volkszugehörigkeit und Nation. Arbeit sollte als identitätsstiftend verstanden und durch das Konzept der „deutschen Arbeit" ein positives nationales Selbstbild erschaffen werden, das die Nation und Gesellschaft einen sollte.

Die Idee beruhte auf einer völkischen Grundannahme, wonach das Volk zunächst als eine Abstammungsgemeinschaft verstanden wurde. Darauf basierend schrieb man den jeweiligen Völkern bestimmte, biologisch verankerte Merkmale und Eigenschaften zu. Im völkischen Denken bestimmte also die Herkunft die Wesenszüge eines Menschen. Als (dezidiert) „deutsche" Eigenschaft galt die vermeintlich besondere Beziehung der Deutschen zur Arbeit: Laut dieser Vorstellung sollen Deutsche angeblich stets besonders gut, tüchtig, gern und gemeinwohlorientiert arbeiten. Über diese Idee wurden bereits im 19. Jahrhundert antisemitische und rassistische Fremd- und Feindbilder konstruiert. Im kolonialen Rassismus des 19. Jahrhunderts diente diese Vorstellung dazu, die Ausbeutung und Unterdrückung der vom Deutschen Kaiserreich kolonisierten Menschen und Gebiete zu legitimieren. Den kolonisierten Bevölkerungen wurde pauschal mangelnde Arbeitsbereitschaft oder -fähigkeit zugeschrieben, während sich die Kolonisierenden selbst als besonders arbeitsam und überlegen inszenierten. Daraus leiteten sie den vermeintlichen Anspruch ab, die Kolonisierten zur Arbeit zu erziehen und zu disziplinieren. Gewalt, Zwang und Vernichtung in den Kolonien galten als vermeintlich natürliche Folgen eines rassistisch konstruierten Gegensatzes von „Faulheit" und „Fleiß", in dem Arbeit und Leistungsfähigkeit über das Überleben einer Gemeinschaft entschieden.

Die Nationalsozialisten übernahmen dieses Konzept und entwickelten es weiter. In der „aufopferungsvollen“ Arbeit für die Nation sollten die Deutschen zu einer militarisierten Gemeinschaft zusammengeschweißt werden. Arbeiter:innen und Unternehmer:innen, Angestellte und Vorgesetzte verrichteten gemeinsam ihren „Dienst an der deutschen Volksgemeinschaft“. Diese Vorstellung von Arbeitsmoral galt als integrativ für die sogenannte →„Volksgemeinschaft“: Die tatsächlichen, hierarchischen und sozialen Unterschiede, die zwischen den Menschen bestehen blieben, sollten durch die gemeinsame Arbeit zum Wohle der Nation vermeintlich aufgehoben werden.

Gleichzeitig diente die „deutsche Arbeit“ als Instrument des Ausschlusses und letztendlich auch als Rechtfertigung für Zwang, Gewalt und Mord. Antisemitismus bildete den Kern der nationalsozialistischen Ideologie und ihrer Vorstellung von Arbeit. Die Nationalsozialisten erklärten Jüdinnen und Juden als zentralen Feind der deutschen „Volksgemeinschaft“. Den vermeintlichen Gegensatz zum „deutschen Volk“ konstruierten sie über ihre Arbeitsideologie, indem sie der Vorstellung von „deutscher Arbeit“ das antisemitische Konstrukt der „jüdischen Arbeit“ gegenüberstellten. In dieser Arbeitsideologie wurden Jüdinnen und Juden als grundsätzlich individualistisch, rücksichtslos und macht- und gewinnorientiert diffamiert. Die „deutsche Arbeit“ sei also immer im Sinne des Allgemeinwohls ausgerichtet, während die „jüdische Arbeit“ diesem schade. Um das Feindbild zu transportieren, bedienten sich die Nationalsozialisten bereits bestehender antisemitischer Stereotype, die implizierten, Jüdinnen und Juden würden ausschließlich in intellektuellen oder finanzwirtschaftlichen Berufen arbeiten. Insbesondere das antisemitische Bild von „jüdischen Bankern und Händlern“ diente als Projektionsfigur und Sündenbock für die Folgen der Weltwirtschaftskrise und ersetzte damit die Systemkritik. Die Konstruktion eines jüdischen Feindbildes anhand der antisemitischen Vorstellung von „jüdischer Arbeit“ unterschied sich von der Konstruktion anderer Fremd- und Feindbilder im Kontext der „deutschen Arbeit“. Die Differenzierung wurde hier nicht durch den Gegensatz „faul vs. fleißig“ vorgenommen, sondern über noch grundsätzlichere Moralvorstellungen konstruiert, die einen Antagonismus von Arbeit zum Wohle einer Gesellschaft („deutsche Arbeit“) vs. Arbeit zum Schaden einer Gesellschaft („jüdische Arbeit“) postulierten. Dadurch wurden Jüdinnen und Juden zur Existenzbedrohung für die „deutsche Volksgemeinschaft“ erklärt. Die Arbeitsideologie der Nationalsozialisten zielte für Jüdinnen und Juden auf ihren radikalen Ausschluss aus der „Volksgemeinschaft“ ab, um diese von allem zu befreien, was für sie als jüdisch galt. Dies führte letztendlich zur systematischen Ermordung der europäischen Jüdinnen und Juden.

Einführung – Zwangsarbeit von Jüdinnen und Juden

Nach der Skizzierung der Beziehung von Arbeitsideologie und Antisemitismus wollen wir nun die jüdische Zwangsarbeit genauer betrachten und kurz skizzieren. Allgemein war Zwangsarbeit von Beginn an ein Instrument zur Disziplinierung, Ausgrenzung und Verfolgung.
Ab 1933 mussten unterschiedlichste Personen(-gruppen) Zwangsarbeit verrichten. Vor allem ideologische Vorstellungen bestimmten, welche Personen(-gruppen), von der „Volksgemeinschaft“ ausgeschlossen wurden und wer für Zwangsarbeit eingesetzt werden sollte. Betroffen waren vor allem (politische) Gegner:innen, sogenannte „Asoziale“, →„Arbeitsscheue“, →Sinti und Roma sowie Jüdinnen und Juden.

3. 2. 33. Auflage 4500 Stück

Gemeindeblatt

DER ISRAELITISCHEN RELIGIONSGEMEINDE ZU

LEIPZIG

AMTLICHES NACHRICHTENBLATT DER GEMEINDEVERWALTUNG

Schriftleitung: Gemeinderabbiner Gustav Cohn, Leipzig, Lützowstraße 10 — Nachdruck nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung des Verfassers gestattet.

Nummer 5 / Jahrgang 9
3. Februar 1933

Anzeigenannahme: Verlag Ernst Gottfried, Leipzig O 5, Eichertstraße 2a, Fernsprecher Nr. 60778 — Druck: Gebr. Jungbanß, Leipzig O 5

Zur jüdischen Lage

Gelegentlich der jüngst in Berlin abgehaltenen Jahresversammlung des „Hilfsvereins der Deutschen Juden“ brachte eine von Max M. Warburg verfaßte Gedenkrede auf den im letzten Jahre verstorbenen Mitbegründer und ständigen Präsidenten des Hilfsvereins, James Simon, bemerkenswerte Äußerungen über die Lage der deutschen Juden. Der Gen.-Direktor des Unternehmens, Dr. Max Wischnitzer, veröffentlicht u. a. in kurzen Strichen einen Überblick über die Verhältnisse der Juden in anderen Ländern. Wir geben heute diese Ausführungen, die allgemeinste Aufmerksamkeit verdienen, wieder und werden auf die Arbeit des Hilfsvereins noch mals eingehen haben.
Die Schriftleitung.

Wir stehen in einer Zeit schwerer sittlicher Erschütterungen unseres Volkes. Die furchtbaren wirtschaftlichen Folgen des Krieges drohen den gesunden Sinn für das Wahre und Gerechte zu zerstören, in törichter Verblendung belangen und verführt durch eine gewissenlose Demagogie, suchen viele unserer vom Unglück verfolgten deutschen Volksgenossen ganz allgemein in dem Juden den für die Not Verantwortlichen. Verallgemeinerungen aber sind immer ein Unrecht. Wir müssen es ablehnen, daß für die Fehler einzelner Individuen in Presse, Politik oder Geschäftsgebaren die Juden allgemein gebrandmarkt werden. Noch einmal, wie im Mittelalter, stehen die alten Lügen und Verleumdungen gegen alle Juden auf. Welch ein trauriger Anblick! Mühsam erkämpfte zivilisatorische Errungenschaften gefährdet, der natürliche Gerechtigkeitssinn weiter Kreise des Volkes zerstört und ihr Kulturempfinden in die finsterste Vergangenheit zurückgeworfen.

In der Lage, in der wir uns heute befinden, kann nur innere Ruhe und Standhaftigkeit den Bedrängten und Bedrohten helfen. Mit der Überwindung des wirtschaftlichen Notstandes wird die Irrlehre wieder verschwinden. Den Irrenden und Unwissenden müssen wir verzeihen. Nicht aber jenen, die um die Wahrheit wissen, den Mut jedoch nicht finden, offen gegen die Schande des Antisemitismus aufzutreten, nicht jenen, die sich mit schwachen, vorsichtig formulierten Anstandserklärungen einem offenen Bekenntnis ihrer Einsicht in die Zusammenhänge entziehen. Sie trifft unsere Verachtung, und wir empfinden als Deutsche Scham über solchen Mangel an ritterlichem Mut. Es genügt nicht, einzelnen Juden ganz leise zuzuflüstern, daß man kein Antisemit sei, oder daß man in seinem Antisemitismus mit einigen Juden eine Ausnahme mache. In dem beklagenswerten Zustand der Verhetzung und Verwirrung wird das deutsche Volk niemals die wahren Keime seines Unglücks finden. Wo bleibt die Stimme der Frontkämpfer, die die Eigenschaften ihrer jüdischen Kameraden bei der Verteidigung des Vaterlandes ergrobt sahen? Die deutschen Juden haben im Krieg zweitausend ihrer Glaubensgenossen dem Vaterland geopfert mit der gleichen Selbstverständlichkeit, mit der die Deutschen ihr Leben opferten, getreu dem Worte Friedrichs des Großen: „Wenn ich mein Blut hergeben müßte, um mein Land glücklich zu machen, ich vergösse es bis auf den letzten Tropfen.“

In einer Erinnerungsstunde an James Simon, dessen wir hier gedenken, drängen sich solche Gedanken und Empfindungen unwillkürlich auf. James Simon sah den Hauptzweck seines Lebens in der Milderung des Leids seiner Mitmenschen und im Kampf gegen die Finsternis, der dieses Leid entsprang. Die bitterste Enttäuschung blieb auch diesem Streiter nicht erspart, stand doch sein Lebensabend unter dem Zeichen eines wild aufflackernden Rassen- und Religionsfanatismus in seinem eigenen Vaterlande, zu dessen kultureller Entwicklung er in selbstloser staatsbürgerlicher Treue so vieles beigetragen hatte.

Auch wir werden unserm Vaterlande treu ergeben sein, unbeirrt von den Angriffen, denen wir heute ausgesetzt sind. Wir werden weiter wirken im Sinne unseres Führers, Gerechtigkeit üben gegen unsere Widersacher und Mitdrängten gegenüber des Bedrängten, eingedenk unserer jüdischen Lehre: „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst.“

Die Folgen der Wirtschaftskrise machten sich 1932 immer mehr fühlbar. In der alten und neuen Welt vermehrten sich Not und Elend. In der Sowjetunion, wo 2% Millionen Juden leben, haben sie als Juden unter politischen und wirtschaftlichen Zurücksetzungen nicht zu leiden, aber infolge der Wirtschaftslage sind sie, wie die übrige Bevölkerung, auf das härteste betroffen.

In Polen machten sich die Tendenzen, die bereits in früheren Jahren vorwalteten, noch mehr geltend. Durch Staatsmonopole, fortdauernde Verstaatlichung weiterer Erwerbszweige, Kontingentierung, Einschränkung bisheriger Konzessionen beim Tabakvertrieb usw., ungeheure Besteuerung von Stadt und Land, systematische Nichtaufnahme von Juden in den Staatsdienst (trotz politischer Gleichberechtigung), Handhabung des Sonntagsruhegesetzes sind weiteste Kreise der jüdischen Bevölkerung in dieses Elend geraten. Die Zukunft des jüdischen Schulwesens ist durch ein Gesetz über die Privatschulen stark gefährdet. Die Regierung stellt das Verlangen, daß die jüdischen Gemeinden ausschließlich religiösen Charakter tragen sollen; aus den Gemeindebudgets werden daher systematisch Positionen für kulturelle und soziale Aufgaben gestrichen. Den antisemitischen Exzessen zu Beginn des Universitätsjahres sind im November schwere, weit um sich greifende Ausschreitungen gefolgt. In Lemberg wurden fünf Tage lang Juden überfallen, Läden und Werkstätten geplündert, jüdisches Hab und Gut vernichtet. Die Zahl der Geschädigten und Verwundeten erreichte mehrere Hundert. Auch in anderen Universitätsstädten kam es zu Zusammenstößen zwischen antisemitischen und jüdischen Studenten.

Das Bild, das Rumänien bietet, ist noch wie vor trostlos. Die Juden als hauptsächlich städtisches Element, das in Industrie, Gewerbe und freien Berufen tätig ist, sind besonders schwer von der ökonomischen Depression betroffen. Besonders traurig ist die Lage in den angegliederten Provinzen, namentlich im Marmoroschgebiet, in der Bukowina und in Bessarabien. Noch immer sind tausende Juden in Rumänien nicht den Bürgerrechts teilhaftig geworden, sie sind rechtund schutzlos. Auch 1932 haben Studentenunruhen und antisemitische Terrorakte stattgefunden, was ohne die passive Haltung von Behörden und Polizei nicht möglich gewesen wäre. Im Parlament selbst waren jüdische Abgeordnete Beschimpfungen und Tätlichkeiten ausgesetzt.

In Karpathorußland herrschte im Jahre 1932 Elend in einem so großen Ausmaße, daß dauernd Hilfsaktionen für die hungernde Bevölkerung, namentlich für Kinder und Jugendliche, unternommen werden mußten. Ein englischer Journalist äußerte: „Ich war in den Hungergebieten Chinas und Indiens, ich war Ende 1918 und Anfang 1919 während der Hungerblockade in Deutschland, aber nirgends habe ich Hunger und Not wie in Karpathorußland gesehen.“

Die Juden in Litauen sind 1932 von Exzessen verschont geblieben, die Verdrängung aus dem Wirtschaftsleben nimmt weiter ihren Fortgang.

In den Vereinigten Staaten ist infolge der wirtschaftlichen Depression auch in weiten Schichten der jüdischen Bevölkerung eine große Verarmung eingetreten, deren Folgen sich auch für die Angehörigen in Osteuropa unheilvoll ausgewirkt haben. Unterstützungen amerikanischer Juden an ihre Verwandten in Osteuropa sind jetzt sehr gering, auch fließen nicht mehr die Hilfsgelder aus Amerika für konstruktive Arbeit in den Ländern des Ostens in dem Maße wie in früheren Jahren. Es muß aber gesagt werden, daß trotz der schwierigen Situation das amerikanische Judentum und namentlich seine führende Hilfsorganisation, das American Joint Distribution Committee, alles Mögliche tut, um die Notlage im Osten zu lindern, insbesondere setzen die Aktionen des Joint auf dem Gebiete der Kinderfürsorge erwähnt. Auch des großzügigen Kolonisationswerks der Jewish Colonisation Association in der Alten und Neuen Welt, ferner der für die jüdischen Massen im Osten so unendlich wichtigen Kredithilfe, die vom Joint und der ICA. durch die Joint Reconstruction Foundation gewährt wird, soll gedacht werden.

In Palästina hat sich die Wirtschaftskrise in einem nur teilweise zu beurteilenden Umfange bemerkbar gemacht; es herrscht im Vergleich zu anderen Ländern eine nur geringe Arbeitslosigkeit, für manche Gebiete sogar zeitweise ein Mangel an Arbeitskräften. Für das Halbjahr Oktober 1932 bis März 1933 wurden der Jewish Agency 4500 Einwandererzertifikate zur Verfügung gestellt.

Gebt den jüdischen Erwerbslosen Arbeit!

Die politischen Ziele der jüdischen Zwangsarbeit waren vielfältig und veränderten sich im Verlauf der nationalsozialistischen Herrschaft. Grundsätzlich war sie ein gezieltes Instrument nationalsozialistischer Verfolgung. Bevor die Nationalsozialisten die Leipziger Jüdinnen und Juden in Konzentrations- und Vernichtungslager deportierten, zwangen sie viele von ihnen zur Arbeit für öffentliche und private Betriebe in Leipzig. Dabei stand zunächst weniger der wirtschaftliche Nutzen als vielmehr die (auch gewaltvolle) Schikane und Demütigung der Betroffenen im Vordergrund. Fast immer folgten der Zwangsarbeit →Deportation und Mord.

Abb. 3: Titelseite des Gemeindeblattes der Israelitischen Religionsgemeinde zu Leipzig, 3. Februar 1933.

Auch in den Konzentrationslagern diente Zwangsarbeit in der Anfangszeit vor allem der Demütigung und Schikane der Gefangenen. Mit Beginn des Zweiten Weltkriegs und verstärkt ab 1942 veränderte und erweiterte sich die Funktion der Zwangsarbeit jedoch. Die Nationalsozialisten betrachteten die Arbeitskraft der KZ-Gefangenen zunehmend als wirtschaftlich nutzbare Ressource. Die Konzentrationslager wurden dadurch zu einem wichtigen Bestandteil der deutschen Kriegswirtschaft. Die KZ-Gefangenen wurden fortan anhand ihrer vermeintlichen Arbeitsfähigkeit selektiert: Diejenigen, die als „nicht arbeitsfähig" galten, wurden meist unmittelbar ermordet. Gefangene, die die →SS als „arbeitsfähig" einstufte, wurden zur Zwangsarbeit eingesetzt und dafür auch in sogenannte →Außenlager deportiert. Diese Außenlager entstanden ab 1942 und verstärkt ab 1943 überall im Deutschen Reich und unterstanden der Verwaltung der großen Konzentrationslager. Sie wurden vor allem von privaten Unternehmen im Rüstungssektor betrieben, die KZ-Gefangene von derSS als billige Arbeitskräfte mietete. Um den stetig steigenden Bedarf an Arbeitskräften in der Rüstungsproduktion zu decken, wurden ab 1943 KZ-Gefangene auch nach Leipzig gebracht, darunter viele Jüdinnen und Juden aus Polen, Ungarn und weiteren Ländern. In insgesamt sechs Außenlagern des Konzentrationslagers Buchenwald wurden sie dazu gezwungen, unter schwersten Bedingungen für Rüstungsunternehmen wie die *Hugo Schneider Aktien-gesellschaft* (HASAG) und die *Erla-Maschinenwerke GmbH* zu arbeiten.

Allgemein wurde in vielen Fällen der Tod der jüdischen KZ-Gefangenen durch schwerste körperliche Arbeit und die unzureichende Versorgung billigend in Kauf genommen, teilweise sogar bewusst herbeigeführt. Zwangsarbeit diente also der wirtschaftlichen Ausbeutung von Jüdinnen und Juden und war ein elementarer Bestandteil der nationalsozialistischen antisemitischen Verfolgungs- und Vernichtungspolitik – und damit auch der Shoah.

Literaturempfehlungen

Axster, Felix: „Arbeit, Teilhabe und Ausschluss. Zum Verhältnis zwischen kolonialem Rassismus und nationalsozialistischem Antisemitismus", in: Kundrus, Birthe/Steinbacher, Sybille (Hrsg.): Kontinuitäten und Diskontinuitäten. Der Nationalsozialismus in der Geschichte des 20. Jahrhunderts, (Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus, Band 29), Göttingen 2013, S. 121–133.

Bertram, Ellen: Menschen ohne Grabstein. Gedenkbuch für die Leipziger jüdischen Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung, 2., wesentlich erw. u. verb. Aufl., Leipzig 2011, S. 11–23.

Lelle, Nikolas: Arbeit, Dienst und Führung. Der Nationalsozialismus und sein Erbe, Berlin 2022.

Ristau, Daniel: „Juden in Sachsen zwischen 1781 und 1932. Von der ‚Vorgeschichte' der Shoa zur Vielfalt jüdischen Lebens", in: Medaon, 6. Jahr, Heft 10, 2012, unter: http://www.medaon.de/pdf/MEDAON_10_Ristau.pdf (letzter Zugriff: 15.08.2026).

Rodekamp, Volker/Stadtgeschichtliches Museum Leipzig (Hrsg.): Spuren jüdischen Lebens in Leipzig. Sammlung, Dokumentation und Projekte im Stadtgeschichtlichen Museum Leipzig, Leipzig 2007.

I. Radikalisierung des staatlichen Antisemitismus von 1933 bis 1938: Die „Pflichtarbeit“ von Erwerbslosen

Text: Lilith Günther

Die staatliche Maßnahme der „Pflichtarbeit“ existierte bereits seit der Kaiserzeit. Auf Grundlage von Gesetzen aus der Weimarer Republik konnten Kommunen und Städte generell alle Erwerbslosen, die auf Sozialleistungen der Fürsorge angewiesen waren, zur „Pflichtarbeit“ einsetzen und bei Weigerung deren Sozialleistungen streichen. Mit dem →Machtantritt der Nationalsozialisten bediente man sich – lokal mit unterschiedlicher Intensität – dieses Instruments, um immer mehr Menschen, aber auch gezielt jüdische Erwerbslose zur „Pflichtarbeit“ hinzuzuziehen. Generell wurde bestimmt, dass jüdische „Pflichtarbeiter“ getrennt von nicht-jüdischen „Pflichtarbeitern“ arbeiten sollten.

In der Forschung werden Zwangs- und „Pflichtarbeit“ voneinander unterschieden. Im Rahmen dieser Broschüre verstehen wir „Pflichtarbeit“ als eine Form von Zwangsarbeit und verwenden den Quellenbegriff, um sie von späteren Formen (jüdischer) Zwangsarbeit zu unterscheiden.

Verschiedene staatliche Maßnahmen trieben nach und nach immer mehr Jüdinnen und Juden in die Armut. Ein Versuch des Reichswohlfahrtsdezernenten im Juli 1933, erwerbslose Jüdinnen und Juden generell von der Fürsorge auszuschließen, wurde zunächst zurückgestellt. Rechtlich gesehen bestand demnach bis zur *Verordnung über die öffentliche Fürsorge für Juden* vom 19. November 1938 für hilfsbedürftige Jüdinnen und Juden grundsätzlich ein Anspruch auf öffentliche Beihilfe. Fortan konnten sie ausschließlich die Unterstützung der freien jüdischen Wohlfahrtspflege in Anspruch nehmen. Diese war der örtlichen Fürsorgeabteilung der Israelitischen Religionsgemeinde unterstellt, für die die Durchführung dieser Unterstützung durch den stetig steigenden Bedarf und die stetig sinkenden finanziellen und sozialen Grundlagen immer schwieriger und schließlich so gut wie unmöglich wurde.

Im Jahr 1935 zählte das Fürsorgeamt Leipzig insgesamt 5.369 Arbeitslose in „Pflichtarbeit“, im darauffolgenden Jahr stieg die Zahl auf 9.057.[1] Davon waren nur ein Teil Jüdinnen und Juden, denn zunächst waren nur jüdische Arbeitslose, die öffentliche Unterstützungen bekamen und nicht privat oder durch die jüdische Wohlfahrtspflege versorgt werden konnten, von der städtischen „Pflichtarbeit“ betroffen.

1 Vgl. Verwaltungsbericht des Wohlfahrtsamts Leipzig. Abt Arbeitsfürsorge 1935, Stadtarchiv Leipzig (StadtAL), 0013 (Armen-, Fürsorge- und Sozialamt), Nr. 1939, Bl. 49; Verwaltungsbericht des Wohlfahrtsamts Leipzig. Abt Arbeitsfürsorge 1936, Stadtarchiv Leipzig (StadtAL), 0013 (Armen-, Fürsorge- und Sozialamt), Nr. 1939, Bl. 122.

Dementsprechend geben die Zahlen der Fürsorgestelle nur bedingt Auskunft über die tatsächlichen Zahlen der jüdischen Arbeitslosen. Der Gemeindedirektor der Israelitischen Religionsgemeinde zu Leipzig, Fritz Grübel, fasste die Lage der Gemeinde im Januar 1937 wie folgt zusammen:

> *„Die für Leipzig charakteristischen kleinen wirtschaftlichen Existenzen sind in erschreckendem Maße zum Zusammenbruch verurteilt. [...] Dieses Problem [die schwierige Finanzlage der Gemeinde, Anm. d. Red.] ist in Leipzig, das einen erschreckend hohen Anteil von Fürsorgeempfängern und von Menschen hat, die ohne Fürsorgeempfänger zu sein, in kaum erträglichen wirtschaftlichen Verhältnissen leben, brennender als in irgendeiner anderen Großgemeinde Deutschlands. [...] Die jüdische Gemeinde Leipzig ist arm. Die jüdische Gemeinde Leipzig hat unerhörte Aufgaben in sozialer, in geistiger und seelischer Hinsicht zu leisten. Die jüdische Gemeinde Leipzig steht und fällt mit dem Verantwortungsgefühl ihrer Mitglieder und mit der jüdischen Gemeinde Leipzig steht und fällt die Existenz von vielen tausenden Juden, die in dieser wohnen und deren Gegenwart und Zukunft ohne die Hilfe der Gemeinde Not und Verzweiflung sein würden!“* [2]

Aus den jährlichen Verwaltungsberichten der Arbeitsfürsorgestelle der Stadt Leipzig lässt sich schließen, dass für jüdische „Pflichtarbeiter“ mindestens seit 1936 gesonderte Arbeitsplätze in der Garteninspektion eingerichtet wurden, die der städtischen Gartenverwaltung unterstellt war.[3] Genaue Angaben zu den dort von ihnen verrichteten Arbeiten fehlen, doch es ist anzunehmen, dass es sich hier vorwiegend um körperliche Arbeiten im Bereich der Garten- und Landschaftspflege handelte.

Abb.4 Zeitungsannonce der Jüdischen Winterhilfe aus dem Gemeindeblatt der Israelitischen Religionsgemeinde zu Leipzig, 12. Februar 1937.
Abb. 5: Werbegrafik für die Jüdische Winterhilfe von Hans Rudolf Growald aus dem Jüdischen Gemeindeblatt und Nachrichtenblatt der Gemeindeverwaltung der Israelitischen Religionsgemeinde zu Leipzig, 8. Oktober 1937.

2 Grübel, Fritz: „Wie steht die Gemeinde?“, in: Gemeindeblatt der Israelitischen Religionsgemeinde zu Leipzig, 15. Januar 1937, S. 1-2, hier: S. 2.
3 Vgl. Verwaltungsbericht 1936 der Arbeitsfürsorgestelle, Stadtarchiv Leipzig (StadtAL), 0013 (Armen-, Fürsorge- und Sozialamt), Nr. 1939, Bl. 124; „Bei der 1. Garteninspektion wurde laufend ein besonderer Arbeitsplatz für Juden aus allen Stadtteilen unterhalten, der mit durchschnittlich 35 Pflichtarbeitern besetzt war.“

Vor 1936 sind bisher keine Belege jüdischer „Pflichtarbeit“ bekannt. Während im Verwaltungsbericht des Jahres 1936 von monatlich „*durchschnittlich 35*“ jüdischen „Pflichtarbeitern“ in der Gartenin-spektion die Rede ist, stieg ihre Zahl im Jahr 1937. Wörtlich heißt es in einem Vermerk:

> *„Juden wurden laufend, etwa 50, auf besonderen Arbeitsplätzen der 1. und 2. Garten-inspektion beschäftigt. Die zahlreichen Anträge, am Sonnabend [→Schabbat, Anm. der Red.] und an jüdischen Feiertagen von der Pflichtarbeit befreit zu werden, sind in jedem Falle abgelehnt worden. Bei Arbeitsversäumnissen an jüdischen Festtagen wurde die F.U. [Fürsorgeunterstützung, Anm. der Red.] entsprechend gekürzt.“*[4]

Hier lässt sich die antisemitische Ideologie erkennen, die auch das Konzept der „deutschen Arbeit“ prägte: Durch den Vorwurf, Jüdinnen und Juden würden sich vor der Arbeit drücken, wird das antisemitische Stereotyp des „faulen Juden“ bedient. Noch deutlicher wird dies im Verwaltungsbericht für das Jahr 1938. Hier wurde die Implikation um das Vorurteil des „listigen Juden“ erweitert:

> *„Die zahlreichen Anträge der Juden, die es gut verstehen, sich bei jeder Gelegenheit von der Pflichtarbeit beurlauben oder befreien zu lassen, wurden in jedem Falle abgelehnt.“*[5]

Die zunehmende Intensität der Verfolgung zeigt sich ebenfalls in der erneut gestiegenen Zahl jüdischer „Pflichtarbeiter“, die an allen Einsatzorten nun durchschnittlich 94 Personen pro Monat betrug. Im Bericht von 1938 findet sich auch die erste direkte Erwähnung über jüdische Frauen in der „Pflichtarbeit“. Ein Teil von ihnen verrichtete ebenfalls Gartenarbeiten, während sich für Jüdinnen, die nur im Sitzen arbeiten konnten, bislang noch kein geeigneter Arbeitseinsatz gefunden habe. Der deutlich größere Umfang des Abschnitts zur jüdischen „Pflichtarbeit“ verweist auf deren zunehmende Bedeutung in der Verwaltungspraxis.[6] Beschränkten sich die Vermerke in den Verwaltungsberichten der Vorjahre noch auf wenige Sätze, umfasste der Abschnitt über die jüdische „Pflichtarbeit“ nun schon fast eine ganze Seite. Auch die Arbeitseinsatzorte wurden erweitert. Neben den Plätzen bei der Garteninspektion war nun auch in der →Städtischen Arbeitsanstalt eine Arbeitsstelle für jüdische „Pflichtarbeiter“ geschaffen worden, *„[…] wo sie unter Aufsicht entweder Holz spalten oder Nieten sortieren. Beide Arbeiten können im Sitzen verrichtet werden. Mit diesen Arbeiten werden laufend 35-45 männliche Juden beschäftigt.“*[7] Dieser Bedarf nach Sitzmöglichkeiten weist auf den schlechten Gesundheitszustand der „Pflichtarbeiter“ hin, der ebenfalls als ein Indiz für die fortschreitende Verarmung und Verelendung der Leipziger Jüdinnen und Juden gelesen werden kann.[8]

4 Verwaltungsbericht 1937 der Arbeitsfürsorgestelle, Stadtarchiv Leipzig (StadtAL), 0013 (Armen-, Fürsorge- und Sozialamt), Nr. 1939, Bl. 175.
5 Verwaltungsbericht 1938 der Arbeitsfürsorgestelle, Stadtarchiv Leipzig (StadtAL), 0013 (Armen-, Fürsorge- und Sozialamt), Nr. 1939, Bl. 213-214.
6 Ebd.
7 Ebd.
8 Ebd., hier vor allem die Bemerkung: „[…] schlechte [im Dokument durchgestrichen, Anm. d. Redaktion] Gesundheitszustand der männlichen Juden viel zu wünschen übrig [ließ] (sie sind vorwiegend nur für sitzende Arbeiten zu verwenden)“.

Zudem erwähnt der Verwaltungsbericht Aufräumarbeiten in einer Halle sowie die Vermittlung jüdischer „Pflichtarbeiter“ in Steinbrüche im Leipziger Umland:

> *„Ferner wurden jüdische Pflichtarbeiter durch das Arbeitsamt in freie Arbeiten in eine Sandgrube in Zwenkau und in den städtischen Steinbruch Graßdorf vermittelt. Bei diesen Arbeitsmaßnahmen blieb es allerdings bei dem Versuch, da diese Juden den gestellten körperlichen Anforderungen nicht gewachsen waren.“*[9]

Zur gleichen Zeit betreute das Wohlfahrtsamt der jüdischen Gemeinde Leipzig ungefähr 600 hilfsbedürftige Familien, und im Winter 1937/38 waren etwa 1.700 Menschen auf die Unterstützung der *Jüdischen Winterhilfe* angewiesen.[10] Diese Hilfsorganisation der Jüdischen Gemeinde gründete sich als Reaktion auf den Ausschluss jüdischer Menschen aus dem *Winterhilfswerk des Deutschen Volkes* und finanzierte sich über Gebühren und Spenden. Bisher ist die „Pflichtarbeit“ von erwerbslosen Jüdinnen und Juden in Leipzig während des Nationalsozialismus nur in Teilaspekten untersucht, und eine umfassende Erforschung dieses Bereichs steht noch aus. Die bisherige Forschung zeigt, dass Jüdinnen und Juden auch in Leipzig durch die Ausgrenzung, Diskriminierung und Verfolgung zunehmend verarmten und verelendeten. Die „Pflichtarbeit“ diente als ein Instrument dieser Ausgrenzung und Verfolgung. Darüber hinaus bildete sie die Grundlage für den ab 1938 reichsweit einsetzenden →„geschlossenen Arbeitseinsatz“ und den 1940 durch die Stadtverwaltung etablierten generellen „Arbeitszwang“ für jüdische Leipziger:innen.

Literaturempfehlungen

Gruner, Wolf: Öffentliche Wohlfahrt und Judenverfolgung, (Studien zur Zeitgeschichte, Band 62), München 2002.

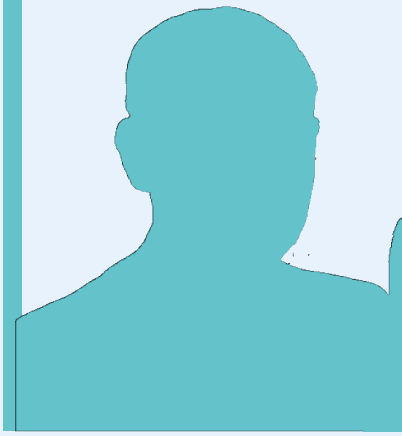
Gruner, Wolf: Der geschlossene Arbeitseinsatz deutscher Juden. Zur Zwangsarbeit als Element der Verfolgung 1938–1943, Berlin 1997.

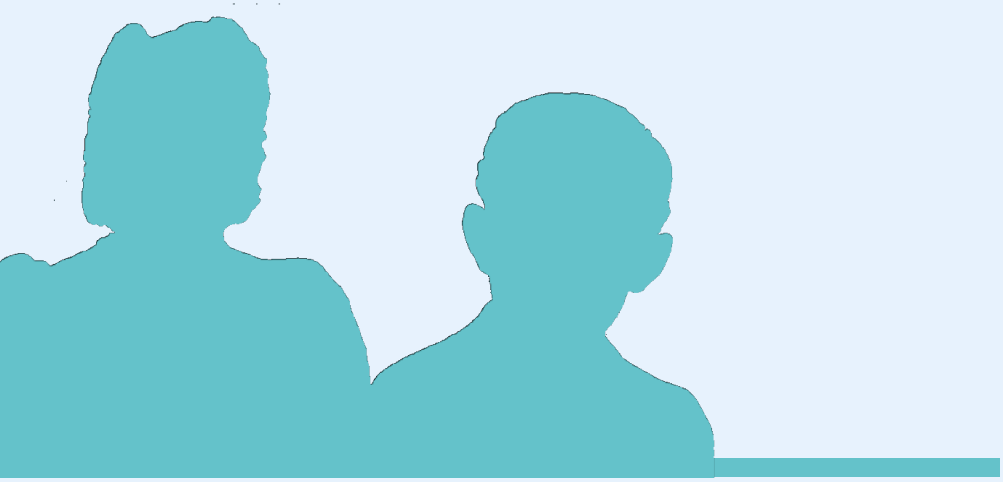
Held, Steffen: „‘Wir haben in Leipzig zwar heute an Stelle der einstigen 15.000 Juden nur noch etwa 1.000, dafür sind aber etwa 50.000 Ausländer aller Art hier.‘ Stadtverwaltung und Zwangsarbeit in Leipzig im Zweiten Weltkrieg“, In: Leipziger Kalender, 8. Jahr, Heft 1, 2002, S. 287–300.

Paulus, Julia: Kommunale Wohlfahrtspolitik in Leipzig 1930 bis 1940, Köln/Weimar/Wien 1998.

9 Verwaltungsbericht 1938 der Arbeitsfürsorgestelle, Stadtarchiv Leipzig (StadtAL), 0013 (Armen-, Fürsorge- und Sozialamt), Nr. 1939, Bl. 214.
10 Vgl. Grübel, Fritz: „Die Arbeit der Gemeinde“, in: Jüdisches Gemeindeblatt und Nachrichtenblatt der Gemeindeverwaltung der Israelitischen Religionsgemeinde zu Leipzig, 7. Januar 1938, S. 1-2.

Hier möchten wir auf alle jüdischen Leipziger:innen aufmerksam machen, die „Pflichtarbeit“ verrichten mussten. Bisher konnten für Leipzig keine Namen oder Selbstzeugnisse recherchiert werden.
Diese Seiten stehen daher symbolisch für diese Lücke.
Hier bedarf es weiterer Forschung.





II. Der „geschlossene Arbeitseinsatz“ Leipziger Jüdinnen und Juden von 1938 bis 1943

1938 – 1943

Text: Lilith Günther

„Polenaktion“ und Novemberpogrome 1938 in Leipzig

Im Jahr 1938 verschärften sich die antijüdischen Verfolgungsmaßnahmen der Nationalsozialisten rapide. Seit 1933 waren jährlich 20.000 bis 35.000 Jüdinnen und Juden aus Deutschland geflohen, darunter auch viele Leipziger:innen: Mindestens 7.500 von ihnen gelang die Flucht ins ausländische Exil. Die meisten jüdischen Überlebenden der →Shoah aus Deutschland waren jene, denen es gelang, in ein Land zu flüchten, das später nicht unter deutscher Besatzung stand.

Im August 1938 lebten noch etwa 9.000 Jüdinnen und Juden in Leipzig. Zu dieser Zeit führte die Stadt als erste deutsche Großstadt den Kennkartenzwang für jüdische Bewohner:innen ein: Durch die gesonderte Ausgabe von Lebensmittelkarten konnte sich niemand mehr der Erfassung durch die Behörden entziehen.

Im Oktober 1938 kam es mit der „Polenaktion“ zur ersten Massendeportation jüdischer Menschen aus dem Deutschen Reich. Anfang Oktober hatte die polnische Regierung beschlossen, im Ausland lebenden Polinnen und Polen unter bestimmten Umständen die Staatsangehörigkeit zu entziehen und ihnen somit die Einreise nach Polen zu verwehren. Daraufhin befahl SS-Führer Heinrich Himmler die Abschiebung von 17.000 Jüdinnen und Juden polnischer Staatsangehörigkeit, die die Nationalsozialisten abwertend als „Ostjuden“ bezeichneten. Der Befehl wurde auch in Leipzig umgesetzt, hier gab es etwa 3.300 Betroffene. Die meisten lebten schon seit mehreren Jahrzehnten in der Stadt. Am 28. und 29. Oktober 1938 verhaftete die →Gestapo in Leipzig rund 1.600 Jüdinnen und Juden und deportierte diese an die polnische Grenze nach Polen. Im polnischen Konsulat in der Wächterstraße 32 fanden auf Initiative des polnischen Generalkonsuls Felix Chiczewski über 1.200 polnische Jüdinnen und Juden Asyl und konnten so ihrer Zwangsausweisung entgehen.

Doch bereits wenige Tage später folgte die nächste reichsweite →antisemitische Maßnahme der Nationalsozialisten. Am 7. November 1938 erschoss der 17-jährige polnische Jude Herschel Grynszpan, verzweifelt über die antijüdischen Verfolgungsmaßnahmen und die Abschiebung seiner Familie aus Hannover im Rahmen der „Polenaktion“, den Botschaftssekretär Ernst vom Rath in der deutschen Botschaft in Paris. Die Tat bot den propagandistischen Anlass für die sogenannte „Reichspogromnacht“. Bis zum Abend des 10. November zog ein gewalttätiger Mob durch die Straßen deutscher Städte und Dörfer, oft angeführt von →SA- und →SS-Angehörigen und mit Beteiligung oder Billigung der Zivilbevölkerung. Polizei und Feuerwehr waren angewiesen nicht einzugreifen. Im gesamten Deutschen Reich wurden 1.406 Synagogen und Betstuben zerstört; 191 Synagogen wurden in Brand gesteckt, über 7.500 jüdische Geschäfte zerstört und geplündert. Unzählige Personen wurden Opfer verbaler und körperlicher Übergriffe, wurden beschimpft, verprügelt, durch die Straßen gejagt und vergewaltigt. Der Gewaltexzess forderte über 1.500 Menschenleben, die während oder an den Folgen des Pogroms starben.

Abb. 6: Fotografie des in der Reichspogromnacht 1938 zerstörten jüdischen Bekleidungshauses Bamberger & Hertz auf dem Augustusplatz.

Auch in Leipzig wütete der Mob: Die Große Gemeindesynagoge in der Gottschedstraße, die Ez–Chaim–Synagoge in der Otto–Schill–Straße, das Kaufhaus Bamberger und Hertz im Königshaus am Augustusplatz, die Ephraim–Carlebach–Schule in der Gustav–Adolf–Straße und die Trauerhalle auf dem Neuen Israelitischen Friedhof in Eutritzsch wurden in Brand gesteckt. Jüdische Geschäfte und Privathaushalte wurden zerstört und geplündert. Unzählige Leipziger Jüdinnen und Juden wurden schikaniert, gewaltsam aus ihren Wohnungen gezerrt und öffentlich gedemütigt. Der jüdische Arzt Felix Cohn erlag noch am 10. November im Polizeigefängnis seinen Verletzungen. Bis zum 15. November 1938 wurden mehr als 500 Leipziger Juden verhaftet, misshandelt und in →Konzentrationslager überstellt.

Nach dem Pogrom wurde die jüdische Bevölkerung selbst für die Zerstörung verantwortlich gemacht. Auf Anordnung des sächsischen Innenministeriums wurden sie dazu gezwungen, das Straßenbild wiederherzustellen und die Trümmer der zerstörten Gebäude aufzuräumen. Dieser erzwungene Arbeitseinsatz zielte vor allem auf die öffentliche Demütigung der Betroffenen ab.

Schon bald danach erreichten die antisemitischen Maßnahmen die nächste Eskalationsstufe: Diskriminierung und Repressalien wurden nun zur offenen, systematischen Verfolgung. Auf Reichsebene folgte ein umfassender antisemitischer Maßnahmenkatalog. Von den deutschen Jüdinnen und Juden wurde eine „Sühneleistung“ in Höhe von einer Milliarde Reichsmark verlangt und die *Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben* erlassen. Die „Zwangsarisierung“, also die Zerstörung und der Raub jüdischen Vermögens erreichte ihren Höhepunkt. In diesem Zuge wurden auch in Leipzig die verbliebenen jüdischen Gewerbe geschlossen oder von nicht-jüdischen Personen übernommen. Der Anspruch auf öffentliche Fürsorgeunterstützung für jüdische Menschen wurde aufgehoben, sodass Hilfsbedürftige nun ausschließlich auf Unterstützung der ohnehin schon überlasteten Gemeinde und ihrer Wohlfahrtsverbände hoffen konnten.

Die Organisation des „geschlossenen Arbeitseinsatzes“

1938 lebten immer noch hunderttausende Jüdinnen und Juden im Deutschen Reich, die meisten von ihnen dauerhaft ohne berufliches Einkommen und in zunehmender Verarmung. Trotz der systematischen Verfolgung und trotz Emigration vieler Jüdinnen und Juden verlief die Abwanderung aus Sicht der NS-Führung nicht schnell genug. Die Vorbereitung auf den Krieg verstärkte diese Wahrnehmung: Denn die noch hier lebenden Jüdinnen und Juden galten im Kriegsfall als potenzielle Unruhestifter und Saboteure. Eine Strategie, um sie von der →„Volksgemeinschaft“ zu isolieren und den befürchteten Sabotageakten und Unruhen entgegenzuwirken, war der →„geschlossene Arbeitseinsatz“ von – zunächst arbeitslosen und verarmten – Juden. Das Wort „geschlossen“ verwies auf die räumliche Trennung von nicht-jüdischen Arbeitenden. Der „Arbeitseinsatz“ sollte durch die Arbeitsverwaltung reichsweit organisiert werden, und betraf anfangs vor allem jüdische Männer. Der Plan, eine allgemeine Zwangsarbeit für alle Jüdinnen und Juden im Reich einzuführen, wurde im Dezember 1938 zunächst noch zurückgestellt. Die Planung und Durchführung des „geschlossenen Arbeitseinsatzes“ der jüdischen Bevölkerung wurde daher lokal teils sehr unterschiedlich umgesetzt. Die jeweils zuständigen Arbeitsämter richteten gesonderte Abteilungen für den jüdischen „Arbeitseinsatz“ ein. Dies geschah auch in Leipzig, wobei der genaue Zeitpunkt nicht bekannt ist. Der Hauptverantwortliche in dieser Abteilung war Oskar Ulbricht, der für seine enge Zusammenarbeit mit der Gestapo und seine Schikanen berüchtigt war.

Im Frühjahr 1939 wurde im Amt zur Förderung des Wohnungsbaus eine städtische „Judenstelle“ eingerichtet und dem Stadtrechtsrat im Fürsorgeamt und NSDAP-Ortsgruppenleiter Botho Furch unterstellt. Die Dienststelle sollte die „rassepolitischen“ Maßnahmen zentralisieren und die erzwungene Unterbringung der Leipziger Jüdinnen und Juden in etwa 47 „Judenhäusern“ koordinieren.

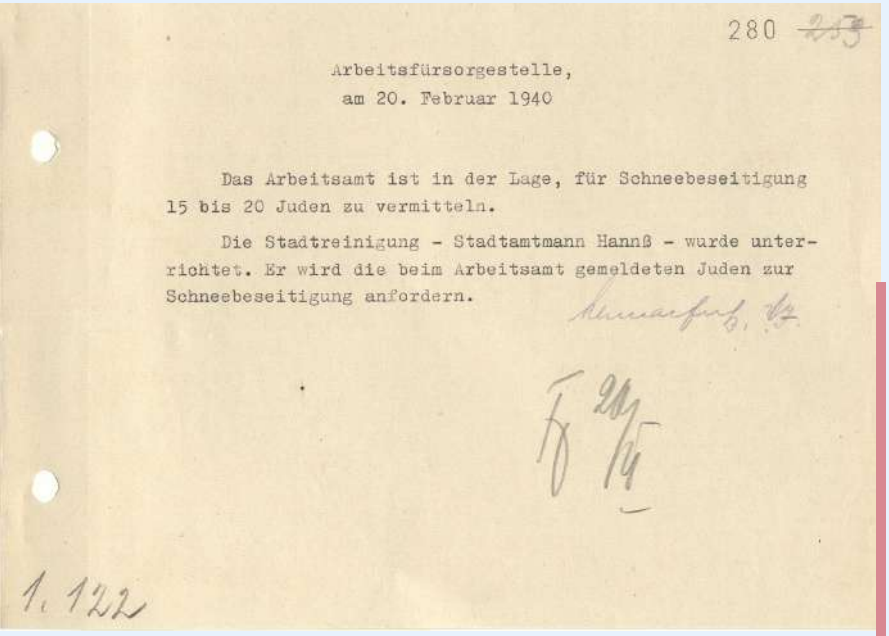
Seit 1938 wurden zudem reichsweit und auch in Leipzig immer mehr jüdische Männer in sogenannten „Sonderaktionen“ verhaftet – ein Begriff, der zunehmende staatlich organisierte Gewalt und Terror gegenüber der jüdischen Bevölkerung verschleierte. Eine weitere Radikalisierung erfolgte im September 1939, nach dem Überfall der Wehrmacht auf Polen: Die meisten Fluchtrouten waren jetzt geschlossen und die Emigration aus dem Deutschen Reich wurde so gut wie unmöglich. Im Sommer 1939 lebten in Leipzig noch etwa 6.000 Jüdinnen und Juden.
Aus dem Jahresbericht der Fürsorgeanstalten für dasselbe Jahr geht hervor, dass die Gestapo *„361 Polen [...] und polnische Juden im Haus B“*[1] der →Städtischen Arbeitsanstalt in der Riebeckstraße internierte. Hier mussten sie Holzarbeiten verrichten, bevor sie in Konzentrationslager deportiert wurden. Unter ihnen befand sich auch der 18-jährige **Heinz Sprung**, der im biografischen Teil dieses Kapitels vorgestellt wird.

Abb. 7: Fotografie von Holzarbeiten auf dem Innenhof der Städtischen Arbeitsanstalt Leipzig, nach 1906.
Abb. 8: Fotografie eines Holzstapels auf dem Innenhof der Städtischen Arbeitsanstalt Leipzig, nach 1906.
Auf diesen Bildern sind vermutlich keine jüdischen Zwangsarbeiter zu sehen, doch sie mussten ab 1933 ähnliche Arbeiten verrichten.

1 Jahresbericht der Fürsorgeanstalten 1939, Stadtarchiv Leipzig (StadtAL), 0013 (Armen-, Fürsorge- und Sozialamt), Nr. 1939, Bl. 251.

Vom „Geschlossenen Arbeitseinsatz“ zum allgemeinen „Arbeitszwang“ für die jüdischen Bürger:innen Leipzigs

Seit 1938 wurde der „geschlossene Arbeitseinsatz“ von Jüdinnen und Juden für die Stadt ausgebaut. In der Leipziger Stadtverwaltung setzte sich zunehmend die Ansicht durch, dass alle Jüdinnen und Juden zur Zwangsarbeit herangezogen werden sollten. Dieses Vorhaben wurde im April 1940 realisiert. Als erste deutsche Großstadt verfügte die Stadt Leipzig einen „allgemeinen Arbeitszwang“ für ihre jüdische Bevölkerung. Dieser wurde durch das Arbeitsamt koordiniert und vom Leiter der Städtischen Arbeitsanstalt und Obersturmführer der SA, Georg Mühlig, geleitet.



280

Arbeitsfürsorgestelle,
am 20. Februar 1940

Das Arbeitsamt ist in der Lage, für Schneebeseitigung 15 bis 20 Juden zu vermitteln.

Die Stadtreinigung - Stadtamtmann Hannß - wurde unterrichtet. Er wird die beim Arbeitsamt gemeldeten Juden zur Schneebeseitigung anfordern.

1. 122

Abb. 9: Schreiben der Arbeitsfürsorgestelle zur Einteilung von Juden bei der Schneeräumung durch das Arbeitsamt, 20. Februar 1940.

Oskar Ulbricht, zuständiger Beamter des Arbeitsamts Leipzig, führte daraufhin eine neue Schikanemaßnahme ein: Jeden Sonntag mussten sich die jüdischen Leipziger:innen zur Arbeitsvermittlung in der Friedrich-List-Schule in der Nordstraße versammeln. Bei der Zuteilung der Arbeiten nahm Ulbricht keinerlei Rücksicht auf die körperlichen Fähigkeiten oder den Gesundheitszustand der Betroffenen und teilte auch kranke Menschen für Schwerstarbeiten ein. Auf Vorlage eines ärztlichen Attests antwortete er Erinnerungsberichten zufolge meist so: „*Wenn Du krank bist, mußt Du verrecken. Und wenn Du hier bist, mußt Du arbeiten.*“[2] Alter und Geschlecht spielten bei der Zuteilung der Arbeiten ebenfalls keine Rolle, auch Frauen über 70 Jahren mussten Zwangsarbeit verrichten.

Durch vermehrte Flucht und Verhaftungen war die jüdische Bevölkerung Leipzigs im Sommer 1940 auf etwa 2.300 Personen gesunken. Vor allem ältere Menschen waren zurückgeblieben, da ihre Chancen, ein Visum für das Ausland zu erhalten, am schlechtesten waren. Jüdische Zwangsarbeiter:innen waren nun in fast allen Bereichen der Stadtverwaltung beschäftigt und führten vor allem schwere körperliche Arbeiten durch. Dies hatte vor allem auch ideologische Hintergründe: Denn in der antisemitischen Vorstellung der Nationalsozialisten („deutsche Arbeit“) wurde Jüdinnen und Juden vorgeworfen, dass ihre Arbeit der Gesellschaft schade, und dass sie freiwillig keine körperlichen Arbeiten verrichteten. Die erzwungene, schwere körperliche Arbeit fungierte daher im ideologischen Sinne als vermeintliche „Sühneleistung“.

2 Archiv der Israelitischen Religionsgemeinschaft zu Leipzig, Anklageschrift gegen Oskar Ulbricht für die Hauptverhandlung vor dem Landgericht Leipzig am 17. März 1948, S. 4, zitiert nach: Steffen Held: „Wir haben in Leipzig zwar heute an Stelle der einstigen 15.000 Juden nur noch etwa 1.000, dafür sind aber etwa 50.000 Ausländer aller Art hier." Stadtverwaltung und Zwangsarbeit in Leipzig im Zweiten Weltkrieg, In: Leipziger Kalender, Leipzig 2002, S. 287–300, hier: S. 294 Anm. 28.

Im Verwaltungsbericht der Fürsorgestelle für das Jahr 1940 wird vermerkt, dass *„[...] sämtliche arbeitsfähigen Juden (Männer und Frauen)“* erfasst worden seien. Allerdings fehlen dort Angaben über die genaue Anzahl und die von ihnen verrichtete Arbeit. Ein kleiner Hinweis über den Umfang und den Gesundheitszustand der zur Zwangsarbeit eingesetzten Männer und Frauen findet sich in der Formulierung, dass *„[...] eine größere Anzahl Juden in der Arbeitsanstalt beschäftigt [ist], und zwar solche, für die das Arbeiten im Sitzen in Frage kam[en].“*[3] Weitere Auskunft über die von der Stadt zur Zwangsarbeit eingesetzten Jüdinnen und Juden gibt ein Schreiben von Alfred Freyberg, Oberbürgermeister Leipzigs, vom Juli 1940 an den sächsischen Wirtschaftsminister Georg Lenk. Die Maßnahme begründet er wie folgt:

> *„Wie oben erwähnt, war dafür zu sorgen, daß Juden in den Arbeitsprozeß eingespannt wurden. Es war insbesondere nach Beginn des Krieges bei dem Mangel an Landarbeitern nicht mehr zu verantworten, daß Juden müßig waren bzw. ihrem früheren Gewerbe offen oder versteckt nachgingen und dadurch staatliche und städtische Aufsichtsstellen dauernd beschäftigten. Es gab nur eine Möglichkeit, dem radikal zu begegnen, und zwar dadurch, daß man die Juden körperlich anstrengend und täglich möglichst lange beschäftigt.“*[4]

In Leipzig arbeiteten Jüdinnen und Juden zwangsweise bei Aufforstungsarbeiten für das Forstamt oder spalteten Holz und sortierten Nieten in der Städtischen Arbeitsanstalt. Sie mussten Gräben ausheben sowie Wälle für militärische Zwecke aufschütten und wurden bei der Errichtung von Luftschutzbunkern eingesetzt. Einige von ihnen, darunter **Lina Rochmann**, mussten in der Müllsortierung und bei der Müllabfuhr arbeiten. Andere verrichteten Planierungs-, Erd- und Gartenarbeiten für das Leipziger Friedhofsamt, unter ihnen die Jugendlichen **Alfons Meister** und **Rolf Kralovitz**. Über die Arbeiten auf den städtischen Friedhöfen im Jahr 1940 geht Freyberg in seinem bereits erwähnten Schreiben an Georg Lenk weiter ins Detail:

> *„Die Arbeiten, die die Juden dort zu verrichten haben, sind ausgesprochene Schmutzarbeiten, für die städtische Gefolgschaftsmitglieder neben der Schmutzzulage auch Schutzkleidung erhalten müßten. Beides wird Juden nicht gewährt. Auf dem Südfriedhof arbeiten sie zunächst an der Kanalisation. Sie haben die Schleusen der Hauptstraßenzuführungen zu räumen, verschlammte Wege zu säubern, verunkrautete Gemeinschaftsgrabanlagen zu reinigen, Böschungsabhänge, die mit Wildrosen besetzt sind, von Disteln und anderem Unkraut zu säubern. Bei den Neubaustellen auf dem Westfriedhof haben Juden Planierungsarbeiten zu verrichten und, da die Wasserleitung noch nicht in Betrieb genommen werden konnte, Wasser von weit her in Kübeln heranzubringen, um die Schmuckanlagen zu bewässern. Auch dort sind sie, wie auch im Richard–Wagner–Hain, bei der Unkrautbekämpfung tätig. Weiter sind dort große Wegbauarbeiten zu leisten und dafür Steine zu klopfen.“*[4]

Im Januar 1941 lebten noch ca. 2.150 Jüdinnen und Juden in der Stadt. Davon wurden mindestens 230 Männer und 50 Frauen zur Zwangsarbeit in städtischen Betrieben eingesetzt.

3 Verwaltungsbericht 1940 der Arbeitsfürsorgestelle, Stadtarchiv Leipzig (StadtAL), 0013 (Armen-, Fürsorge- und Sozialamt), Nr. 1939, Bl. 298–299.
4 Abschrift Schreiben Freyberg an Wirtschaftsminister Lenk, 18.07.1940, Stadtarchiv Leipzig (StadtAL), 0031 (Hauptregistratur-Kapitelakten), Nr. 154, Bl. 292–294, hier: Bl. 293–294.

„Geschlossener Arbeitseinsatz“ jüdischer Leipziger:innen in der Privatwirtschaft

Nicht nur die Stadt setzte jüdische Zwangsarbeiter:innen ein, sondern auch privatwirtschaftliche Betriebe profitierten von dem „Arbeitseinsatz“. Auch in diesem Bereich ist die genaue Anzahl der Betriebe und der Umfang der jüdischen Zwangsarbeit noch nicht vollständig erforscht. In Leipzig profitierte insbesondere die Textil- und Rauchwarenwirtschaft, also die Pelzwirtschaft, vom „geschlossenen Arbeitseinsatz“. Gerade dieser Wirtschaftszweig war in Leipzig lange Zeit stark jüdisch geprägt.
Zu den bekanntesten jüdischen Rauchwarenhändlern zählten neben der Familie Ariowitsch, Stifterin des jüdischen Altersheims, auch Chaim Eitingon, der „Pelzkönig vom Brühl“ und Stifter der Ez–Chaim–Synagoge und des jüdischen Krankenhauses. Viele jüdische Familien und Einzelpersonen, die den Pelzhandel in Leipzig geprägt hatten, waren seit 1933 aus der Stadt geflohen und hatten ihre Geschäfte ins Ausland verlegt. Die verbliebenen jüdischen Geschäfte wurden 1938 zwangsarisiert.

Abb. 10: Fotografie einer Rauchwaren-Zurichterei in Leipzig, 1940. Auf diesem Bild sind vermutlich keine jüdischen Zwangsarbeiter:innen zu sehen, doch sie mussten ähnliche Arbeiten verrichten.

Ab Februar 1939 fehlten in den Zurichtereien und Färbereien Hilfskräfte. Diese Lücke wurde nun teilweise durch den Einsatz jüdischer Zwangsarbeiter:innen gefüllt. Oft handelte es sich dabei sogar um die ehemaligen Inhaber und Angestellten der enteigneten jüdischen Geschäfte, die aufgrund ihrer hohen fachlichen und beruflichen Expertise besonders gefragt waren. Sie mussten nun oft nur für einen Bruchteil ihres früheren Gehalts unter Zwang und schlechten Bedingungen arbeiten.

Bekannt sind mindestens 17 Betriebe der Rauchwarenwirtschaft, die jeweils eine kleine Gruppe jüdischer Zwangsarbeiter:innen beschäftigten. Jüdische Frauen wurden häufig in den Kürschnereien als Näherinnen oder Staffiererinnen eingesetzt. Einige dieser Firmen waren als „kriegswichtig" eingestuft, da hier auch Ausstattungsmaterial für die Wehrmacht hergestellt wurde. Die Arbeit in einem solchen Betrieb konnte einige wenige Jüdinnen und Juden zumindest zeitweise vor einer →Deportation in den Tod bewahren. So wurden bei der ersten Deportation aus Leipzig am 21. Januar 1942 vereinzelt Personen mit dem Vermerk *„fällt aus – Arbeitseinsatz"* von der Transportliste gestrichen. Nur einen Tag zuvor hatte die NS-Führung auf der →„Wannsee-Konferenz" ihren Plan für die Ermordung der europäischen Jüdinnen und Juden endgültig in die Wege geleitet. Bis zu ihrer Deportation, die in der Regel den Tod bedeutete, musste der Großteil der jüdischen Bevölkerung Zwangsarbeit verrichten. Nach ihrer Deportation versteigerten die Nationalsozialisten das zurück gebliebene Eigentum. In Leipzig wurde dies von den Versteigerungshäusern Hans Klemm und Herrman Thiemig durchgeführt und der Erlös an das Oberfinanzpräsidium übergeben. Im Februar 1945 erfolgte die letzte von insgesamt zehn Deportationen jüdischer Leipziger:innen: 169 Personen wurden in das Ghetto Theresienstadt deportiert.

Parallel zur sinkenden Anzahl jüdischer Einwohner:innen in der Stadt stieg gleichzeitig der Bedarf an (Zwangs-)Arbeitskräften, vor allem in der Industrie. Mit Beginn der Deportationen intensivierte sich somit der Einsatz ausländischer Zwangsarbeiter:innen, um die Kriegs- und Vernichtungsmaschinerie am Laufen zu halten.

Literaturempfehlungen

Bertram, Ellen: Menschen ohne Grabstein. Gedenkbuch für die Leipziger jüdischen Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung, 2., wesentlich erw. u. verb. Aufl., Leipzig 2011.

Bundeszentrale für politische Bildung (Online-Redaktion): Novemberpogrom 1938, 31.10.2023, unter: https://www.bpb.de/kurz-knapp/hintergrund-aktuell/542301/novemberpogrom-1938/ (letzter Zugriff: 22.06.2026).

Diamant, Adolf: Chronik der Juden in Leipzig. Aufstieg, Vernichtung und Neuanfang, Chemnitz/Leipzig 1993.

Gruner, Wolf: Der geschlossene Arbeitseinsatz deutscher Juden. Zur Zwangsarbeit als Element der Verfolgung 1938–1943, Berlin 1997.

Held, Steffen: „'Wir haben in Leipzig zwar heute an Stelle der einstigen 15.000 Juden nur noch etwa 1.000, dafür sind aber etwa 50.000 Ausländer aller Art hier.' Stadtverwaltung und Zwangsarbeit in Leipzig im Zweiten Weltkrieg", In: Leipziger Kalender, 8. Jahr, Heft 1, 2002, S. 287–300.

Kowalzyk, Barbara: Jüdisches Erwerbsleben in der inneren Nordstadt Leipzigs 1900-1933, Leipzig 1999.

Alfons Meister & Rolf

1926 – 1942

Abb. 11: Portätfoto von Alfons Meister, um 1940.

Alfons Meister und Rolf Kralovitz wuchsen im Leipzig der zwanziger und dreißiger Jahre auf. Sie besuchten denselben Sportverein, gingen auf dieselbe Schule und trafen sich in ihrer Freizeit, wie sich Rolf Kralovitz Jahrzehnte später in einem Gespräch mit Alfons' ältester Schwester Alice Wildgoose (geb. Meister, 1920–2010) erinnerte. Er erzählte auch davon, wie sie Krieg und Verfolgung erlebten und auf Leipziger Friedhöfen Zwangsarbeit leisten mussten. Im Mai 1942 wurde diesem gemeinsamen Aufwachsen ein jähes Ende gesetzt: Alfons Meister wurde mit seinen Eltern und drei seiner vier Geschwister deportiert und ermordet. Die einzige Überlebende der Familie Meister war die älteste Schwester Alice. Erst in ihren späten Jahren konnte sie mit ihren Kindern die Familiengeschichte aufarbeiten und kam dabei auch mit Rolf Kralovitz in Kontakt. Abseits ihrer Erinnerungen kann Alfons Meisters Leben nur anhand weniger überlieferter Bilder und einigen behördlichen Dokumenten rekonstruiert werden. Dass es überhaupt möglich ist, Alfons' Geschichte über die Eckdaten seines kurzen Lebens hinaus zu erzählen, ist Familie Wildgooses und Rolf Kralovitz Bereitschaft, sich an Schmerzhaftes zu erinnern, zu verdanken. Für so viele Biografien jüdischer Kinder ist diese Möglichkeit mit der Ermordung ihrer Familien in der →Shoah verloren gegangen und jede erhaltene Erzählung damit umso wertvoller.

Am 12. Februar 1926 geboren, wuchs Alfons Meister zunächst in der Berliner Straße nördlich des Leipziger Hauptbahnhofs auf, bis die Familie 1939 in die König-Johann-Straße 20, heute Tschaikowskistraße, umzog. Seine Eltern waren nach ihrer Heirat nach Leipzig gekommen, wo Vater Moses Moritz (1881–unbek.) eine Herrenschneiderei führte und Mutter Hertha (1882–unbek.) sich um ihre fünf Kinder kümmerte: Die älteren Schwestern Alice (1920–2010), und Edith (1923–unbek.), Alfons, Siegbert (1933–unbek.) und Ruth (1934–unbek.). Rolf Kralovitz beschrieb Hertha später als freundliche, liebevolle Mutter. Der Vater Moritz Meister blieb ihm vor allem durch seine Begeisterung für Operetten und den Stolz seines Sohnes Alfons beim Anblick seiner fein geschneiderten Anzüge in Erinnerung.

Kralovitz

1925 – 2015

Text: Lea Guhlmann

Auch Rolf Kralovitz wuchs in einem musikbegeistertem Haushalt auf: Seine Mutter Martha (geb. Burgheim, 1889–1945) war sehr musikalisch und sang im Chor der jüdischen Gemeinde. Familie Kralovitz lebte im Waldstraßenviertel in der Fregestraße 22 in einer Wohnung, die bereits Marthas Eltern bewohnt hatten. Geboren am 15. Juni 1925 wuchs Rolf dort mit seiner großen Schwester Annemarie (1922–1944) auf. Sein Vater Max (1891–1944) kehrte 1935 in sein Heimatland Ungarn zurück und versuchte von dort vergeblich seine Familie zu sich zu holen. Im selben Jahr musste der erst zehnjährige Rolf von der 40. Volksschule auf die Carlebach-Schule wechseln, an der auch Alfons Meister war. Nach der Verabschiedung der →Nürnberger Gesetze wurde jüdischen Kindern in Leipzig verboten nicht-jüdische Schulen zu besuchen.

Als einzige jüdische Schule in Sachsen musste die Carlebach-Schule plötzlich mehr Schüler:innen unterrichten als ihre Kapazitäten eigentlich zuließen. Trotz der überfüllten Klassen und Repressionen gegen das Personal blieb die Einrichtung zunächst ein wichtiger Bezugspunkt für die Schüler:innen, auch über den Unterricht hinaus. So konnte Rolf dieser erzwungenen Veränderung nach seinen frühen Erfahrungen mit alltäglichem Antisemitismus auch etwas abgewinnen:

> *„Ich musste dann aber auf Anordnung der Behörden diese Schule verlassen und in die Carlebach–, in die jüdische Schule gehen, was mir gar nicht schlecht tat, denn die hatte sehr gute Lehrer. Nun waren wir unter uns und es gab da auch verschiedene Dinge, die wir vielleicht in der anderen Schule gar nicht gelernt hätten.“*[1]

Nicht nur in der Schule erlebten die beiden Jugendlichen, wie ihnen immer mehr Raum genommen wurde: Beide Familien mussten aus ihren Wohnungen in sogenannte „Judenhäuser“ umsiedeln. Für die Familie Meister sind die Zwangsumzüge nicht vollends nachvollziehbar, vermutlich kamen sie in die Funkenburgstraße 16.

Abb. 12: Porträtfoto von Rolf Kralovitz, 1939.

1 Kralovitz, Rolf: Der gelbe Stern in Leipzig, Walter-Meckauer-Kreis, Köln 1992, S. 7.

Die Familie Kralovitz zog Anfang 1940 zunächst in die Frankfurter Straße 6, bereits ein Jahr später folgte der Zwangsumzug in die Walter-Blümel-Straße 21 (heute Löhrstraße), zuletzt musste die Familie 1943 noch einige Wochen in der Nordstraße 11 in einem der wenigen verbliebenen „Judenhäuser“ verbringen. Rolf Kralovitz erinnert sich an die beengten Bedingungen, die hier herrschten: Die dreiköpfige Familie teilte sich ein kleines Zimmer, die wenigen Gemeinschafträume teilten sich alle Bewohner:innen des überfüllten Hauses und es gab abendliche Ausgangsbeschränkungen. Etwas Normalität fand er in der Gesellschaft anderer Jugendlicher im Haus:

„Das war ja das Eigenartige, dass man neben diesen schweren bedrückenden Lebensumständen auch wieder versuchte, so zu leben wie es dem eigenen jugendlichen Alter entsprach. Wir hatten ein Grammophon zur Verfügung, was eigentlich verboten war. […]
Wir haben an arbeitsfreien Tagen, am Sonntag, nach alten Platten sogar getanzt. Auch das gab es in dieser Zeit. Wir waren also noch etwas unbefangener, noch etwas lockerer – wir waren eben jung. Trotz der schlimmen Dinge, die da rundum passierten.“[2]

Abb. 13: Schulfreunde im Hof der Carlebach-Schule, Rolf Kralovitz in der hinteren Reihe, 2. von links, 1939.

Die Jugendlichen versuchten sich so auf ihre Weise gegen die Unterdrückung zu wehren. Dazu gehörte auch, sich und andere zu unterstützen, wo es ging: Rolf Kralovitz berichtet beispielsweise, wie er mit Alfons Brot zu französischen Kriegsgefangenen schmuggelte, oder dass sich die Familien darüber austauschten, wie sie das Deutsche Reich verlassen könnten.
Insgesamt war auch ihr Alltag zunehmend von Repression und Verfolgung geprägt. So wurde Rolf während des Novemberpogroms Augenzeuge von der Zerstörung und Plünderung seiner Schule, der Synagogen, und der gesamten jüdischen Nachbarschaft. Er erlebte, wie das Leben jüdischer Menschen immer weiter eingeschränkt wurde und entkam wiederholt nur knapp einer Verhaftung.

Ab Ende 1939 waren beide Familien von Zwangsarbeit betroffen: Rolf war 14 Jahre alt, als er für die winterliche Straßenreinigung eingesetzt wurde. Ab 1940 musste er gemeinsam mit Alfons und dessen Vater auf Leipziger Friedhöfen Zwangsarbeit leisten. Über ihre Tätigkeit dort ist wenig bekannt. Die eingangs zitierten Dokumente beschreiben landschaftsbauliche Arbeiten, Rolf Kralovitz selbst sprach später nur wenig von seiner Tätigkeit als „Totengräber“.

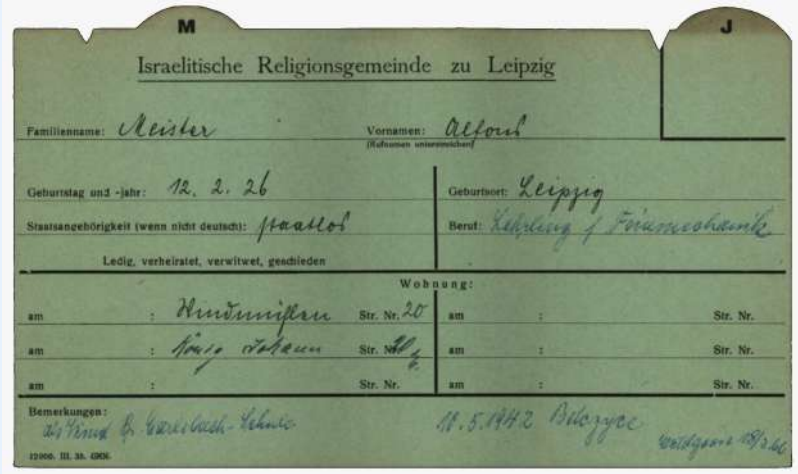
2 Kralovitz, Rolf: Der gelbe Stern, S. 18.

Einen größeren Teil in seiner Erzählung nimmt die Arbeit als Friseur ein: Im Herbst 1941 gelang es ihm, eine Erlaubnis zu bekommen, um bei seinem Freund Günther Pulvermacher in der Friseurstube zu arbeiten. Da Juden und Jüdinnen nicht mehr zu nicht-jüdischen Friseur:innen gehen durften, wurde diese Friseurstube in der jüdischen Gemeinde eingerichtet. Auch hier waren die Repressionen allgegenwärtig, vor allem durch einen für seine Schikanen bekannten „Judenbeauftragten“ der Stadt:

> *„Er kam also auch zu uns in die Friseurstube und kontrollierte Leute, die da warteten. ‚Warum sind Sie hier, warum arbeiten Sie nicht?‘, schrie er. Der Name Gebhardt allein ließ uns schon alle zittern.“*[3]

Abb. 14: Fotografie von Rolf Kralovitz und seiner Mutter Martha im "Judenhaus", 1941.

Alfons Meister wurde ebenfalls vom Friedhof versetzt und musste als Mechanikerlehrling arbeiten. Es ist nicht bekannt, wie lange er hier eingesetzt wurde, bevor er im Frühjahr 1942 im Alter von 15 Jahren mit seiner Familie deportiert und ein halbes Jahr später im KZ Majdanek ermordet wurde.



M

Israelitische Religionsgemeinde zu Leipzig

J

Familienname: Meister Vornamen: Alfons

Geburtstag und -jahr: 12. 2. 26 Geburtsort: Leipzig

Staatsangehörigkeit (wenn nicht deutsch): staatlos Beruf: Lehrling f. Feinmechaniker

Ledig, verheiratet, verwitwet, geschieden

Wohnung:

am : Hindenburgstr. Str. Nr. 20 am : Str. Nr.

am : Kurze Straße Str. Nr. 11½ am : Str. Nr.

am : Str. Nr. am : Str. Nr.

Bemerkungen: 18.5.1942 Bilgoraj

Abb. 15: Mitgliederkartei der Israelitischen Religionsgemeinde zu Leipzig von Alfons Meister.

Mit der zunehmenden Verfolgung schrumpfte die jüdische Bevölkerung in Leipzig schießlich so weit, dass der kleine Friseursalon geschlossen wurde. Rolf musste nun an vier Tagen in der Woche wieder auf dem Friedhof arbeiten, konnte sich aber die Erlaubnis beschaffen, an den übrigen Tagen stattdessen in den „Judenhäusern“ und auf der verbliebenen jüdischen Krankenstation Haare zu schneiden.

3 Kralovitz, Rolf: Der gelbe Stern, S. 19.

Am 11. Oktober 1943 schließlich wurden Rolf Kralovitz, seine Schwester Annemarie und Mutter Martha von der →Gestapo ins Büro der jüdischen Gemeinde gebracht und ihre Daten erfasst::

> *„Eine Gestapobeamtin betrat das Zimmer und schrie: , Frauen und Kinder raus! ' Meine Mutter wollte sich noch von mir verabschieden, aber diese Beamtin riß sie an den Haaren zurück und stieß sie die Treppe zum Hof hinunter, und meine Schwester und die anderen Frauen und ein kleines Kind auch. Das was der allerletzte Augenblick, in dem ich meine Mutter und meine Schwester je gesehen habe […].*[4]

Annemarie und ihre Mutter wurden aus Leipzig ins KZ Ravensbrück deportiert. Martha starb hier im Januar 1945, Annemarie war bereits im Oktober 1944 mit einem sogenannten Invalidentransport ins KZ Auschwitz gebracht und ermordet worden. Auch Vater Max Kralovitz war dort im Sommer 1944 gestorben, nachdem er nach der Besetzung Ungarns im März 1944 in Budapest verhaftet und deportiert worden war. Rolf Kralovitz selbst wurde zunächst nach Weimar ins Gefängnis und später ins KZ Buchenwald gebracht. Es gelang ihm die Zeit im Lager trotz der unmenschlichen Lebensumstände und schwerster Zwangsarbeit zu überstehen. Kurz bevor das KZ durch die US-Armee befreit wurde, räumte die →SS das Lager und zwang die Inhaftierten auf →Todesmärsche. Rolf gelang es, sich zu verstecken und erlebte so, wie das Lager unter Mithilfe des organisierten Widerstands der verliebenen Gefangenen befreit wurde.

Nach der Befreiung kehrte Rolf Kralovitz zunächst nach Leipzig zurück, wo er in einem kleinen Varieté eine Karriere als Schauspieler begann. Diese bestimmte von nun an sein Leben. Nach Auftritten in Leipzig und München ging er auf Anregung einer wiedergefundenen Verwandten zunächst nach Missouri und später nach New York. Hier heiratete er Brigitte Meckauer, die Tochter des exilierten Schriftstellers Walter Meckauer. Das Paar kehrte nach Deutschland zurück, wo Rolf Kralovitz als Schauspieler und später als Produktionsleiter des WDR arbeitete. Ab 1976 musste er diesen Beruf aufgeben, da er vollkommen erblindet war. Gemeinsam mit seiner Frau war er von nun an als Autor für Funk und Fernsehen tätig.

Abb. 16: Rolf Kralovitz (1. Reihe, 3. von rechts) am Set der WDR–Produktion *Robbi, Tobbi und das Fliewatüüt*, 1972.

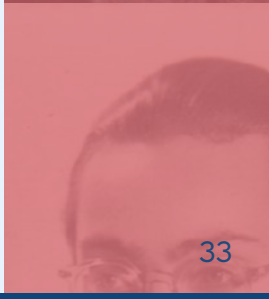
4 Kralovitz, Rolf: ZehnNullNeunzig in Buchenwald. Ein jüdischer Häftling erzählt, Walter-Meckauer-Kreis, Köln 1996, S. 23.

Sie begannen auch seine Erlebnisse während der NS-Zeit aufzuarbeiten und erzählten davon in Radiosendungen und in zwei Büchern. Rolf Kralovitz wurde so einer der bekanntesten ehemaligen Inhaftierten Buchenwalds. Er verstarb am 21. Juni 2015 im Alter von 90 Jahren in Köln.

Die Geschichten von Rolf Kralovitz und Alfons Meister gleichen sich darin, dass sie keine Möglichkeit hatten Deutschland zu verlassen, bevor die Verfolgung von Jüdinnen und Juden ihr volles Ausmaß erreichte. Während älteren Menschen die Flucht seltener gelang, konnten Kinder und junge Erwachsene häufiger entkommen, wie etwa Alice, Alfons Schwester. Zwar versuchten die Eltern auch Rolf und Alfons eine Ausreise zu ermöglichen, diesen Bemühungen wurde durch den Beginn des Kriegs jedoch ein Ende gesetzt. Für Alfons Meister bedeutete dies die Deportation und den Tod im Jahr 1942. Dass Rolf Kralovitz bis 1943 in Leipzig blieb, ist neben den gescheiterten Ausreisebemühungen mit der Herkunft seines Vaters zu erklären:

> *„Wir waren nur deshalb bisher verschont geblieben, weil mein Vater die ungarische Staatsangehörigkeit besaß. […] Meine Schwester und ich waren in Leipzig zur Welt gekommen und nur durch meinen Vater Ungarn. Allerdings waren wir bereits ohne gültigen Paß, weil wir nie in Ungarn gewohnt hatten. Seither galten wir als staatenlos. Dennoch stellte uns das ungarische Konsulat immer wieder neue Bescheinigungen aus, die von der Gestapo auch anerkannt wurden. Und so geschah es, daß wir als Ausländer galten, erst später verhaftet wurden und nicht in den Osten deportiert wurden […]“*[5]

Rolf Kralovitz erlebte das Ende des Krieges schließlich in Buchenwald mit. Er verstand sein Überleben später als Auftrag, an das Leben und die Verfolgung von Jüdinnen und Juden während des Nationalsozialismus zu erinnern und aus einer persönlichen Perspektive zu schildern. So half er auch das Andenken an seinen Freund Alfons Meister wachzuhalten.



Literaturempfehlungen

Stolpersteine die an Familie Meister erinnern befinden sich in der Tschaikowskistr. 20, unter: https://stolpersteine-guide.de/map/biografie/709/meister-familie (letzter Zugriff: 10.10.2026)

Butler, Deidre: Case study - Annette Wildgoose, in: Hear Our Voices. Holocaust Survivors Share their Stories of Trauma and Hate, unter https://ecampusontario.pressbooks.pub/hearourvoices/chapter/case-study-annette-wildgoose/ (letzter Zugriff: 10.10.2026)

Kralovitz, Rolf: ZehnNullNeunzig in Buchenwald. Ein jüdischer Häftling erzählt, Walter-Meckauer-Kreis, Köln 1996.

Kralovitz, Rolf: Der gelbe Stern in Leipzig, Walter-Meckauer-Kreis, Köln 1992.

Kralovitz, Rolf. Interview 29877, Visual History Archive, USC Shoah Foundation, 29.3.1997, unter https://vha.usc.edu/testimony/29877 (letzter Zugriff: 10.10.2026)

Gedenkstätte Buchenwald: Rolf Kralovitz 1925-2015. Zeitzeuge Zehnnullneunzig, in: TSURIKRUFN! Gemeinschaftsprojekt des ASKI e.V. 2021, unter: https://www.tsurikrufn.de/portraits/kralovitz/ (letzter Zugriff: 10.10.2026)

5 Kralovitz, Rolf: ZehnNullNeunzig, S. 7.

Heinz Adolf Sprung

1920–1968

Text: Lilith Günther

DUBLIKAT

PASS

PASS

für ehemalige Kz.-Häftlinge

FOR FORMER CONCENTRATION CAMP PRISONERS

Sprung Heinz

Name

NAME

xxxxxx staatenl. - stateless

Nation

NATIONALITY

Lager Auschwitz Nr. 70192

CAMP NO.

70 R. P. 6.45

Abb. 17: Pass für ehemalige KZ-Gefangene von Heinz Sprung, Mai 1945.

Heinz Adolf Sprung wurde am 30. Oktober 1920 in Leipzig geboren. Sowohl die Familie seines Vaters Markus Chune Sprung (1886–1942), als auch die seiner Mutter Claire Chaja Sprung, geb. Fink (1893–vermutl. 1942) zogen Anfang des 20. Jahrhunderts von →Galizien nach Leipzig. Die Familie Sprung lebte in der Berggartenstraße 12 in Gohlis-Süd. Gemeinsam mit seinem Vater und seinen Brüdern gründete Markus Sprung 1911 das Herren- und Sportbekleidungsgeschäft „Gebrüder Sprung“. In den 1930er Jahren besuchten Heinz Sprung und seine zwei kleinen Schwestern Lilli (1923–vermutl. 1942) und Silvia „Tutti“ (1929–vermutl. 1942) die Ephraim-Carlebach-Schule. Im Oktober 1938 wurde die Familie in der sogenannten „Polenaktion“ nach Polen deportiert, doch bereits Anfang 1939 kehrte sie zurück nach Leipzig, um die Brüder von Markus Sprung zu unterstützen, nachdem das Familienunternehmen der „Arisierung“ zum Opfer gefallen war.
Da die Familie um Markus Sprung zu diesem Zeitpunkt über Emigrationspapiere nach Südamerika verfügte, konnten sie nach Leipzig zurückkehren, um dort ihre Angelegenheiten zu regeln.

Die Dokumente verloren jedoch am 1. September 1939, mit dem Beginn des Krieges und dem Überfall auf Polen, ihre Gültigkeit. Der damals 18-jährige Heinz und sein Vater wurden als „feindliche Ausländer“ mit einer Vielzahl Leipziger Jüdinnen und Juden mit polnischem Pass verhaftet und in der →Städtischen Arbeitsanstalt in der Riebeckstraße 63 inhaftiert. Dort war ein Durchgangslager speziell für jüdische Männer errichtet worden. Die Arbeitsanstalt war für die Gefangenen eine Zwischenstation vor ihrer Deportation in ein →Konzentrationslager, für Heinz der Beginn einer sechsjährigen Gefangenschaft.
In einer im Mai 1945 entstandenen Aufzeichnung erinnert er sich an seine Ankunft in der Riebeckstraße:

> *„26. Sept. 39 Verhaftung und Internierung in der Städtisch[en] Arbeitsanstalt Leipzig. Oberinspektor x Obersturmführer der SA? Haare geschoren. Bezeichnung als Sträfling. Unterbringung im Saal. Schlafe auf Stroh auf der Erde. […] Belegschaft 200 Juden.“*[1]

In der Arbeitsanstalt verrichteten die jüdischen Männer unter Aufsicht und Schikane ihrer Bewacher Zwangsarbeiten: Sie sollten Holz hacken, spalten, stapeln und transportieren. Für solche Holzarbeiten wurden parallel ab 1938 auch jüdische „Pflichtarbeiter“ in der Arbeitsanstalt eingesetzt.

Abb. 18: Zeitungsannonce für das Geschäft der Gebrüder Sprung aus der Leipziger Volkszeitung, 4. Mai 1923.

1 Aufzeichnungen von Heinz Sprung, (Jg. 1920) – Mai 1945, Archiv Bürgerbewegung Leipzig e.V., Abteilung Stolpersteine, 32.06 Familie Sprung.

Der Alltag der jüdischen Gefangenen wurde bestimmt durch die schwere körperliche Arbeit und die ständigen Misshandlungen durch ihre Bewacher:

> *„Arbeit auf den Höfen der Anstalt. Holzhacken, Holzspalten, Holz auf Wagen in Körben und Säcken transportieren. Scharfe Bewachung und Schikanen. Wer nicht schnell genug arbeitete, kommt in den Strafbunker.“*[2]

> *„Ich arbeite die erste Zeit mit allen unten im Hof beim Holz. Die Arbeit ist schwer, es wird sehr schikaniert. Wir werden mit Versprechungen, dass es dann morgen schneller ginge zu immer neuen Gewaltanstrengungen gezwungen.“*[3]

> *„Die ganze Nacht hindurch stöhnen und jammern die Mißhandelten – in der Nacht und am nächsten Tag die ersten Toten. In der folgenden Zeit vergeht kein Tag ohne Prügel und Folterungen, die in der sog. ‚Reitbahn‘, einem Saal, der mit den Schlaginstrumenten, Betten, Bänken versehen ist, stattfinden.“*[4]

Heinz Sprung berichtete, dass ein namentlich nicht genannter Polizeiwachtmeister, ein Bekannter seines Vaters, ihm und seiner Familie half, indem er den Kontakt zum Rest der Familie Sprung ermöglichte und Heinz als Maschinenschreiber in seinem Büro einstellte. Heinz war von nun an zwar von der körperlichen Zwangsarbeit im Hof der Arbeitsanstalt befreit, befand sich jetzt aber in der hochambivalenten Position, Transportlisten für die Deportationen seiner jüdischen Mitgefangenen ins Konzentrationslager aufstellen zu müssen.

Nach fast vier Monaten Haft waren im Dezember 1939 von den 200 jüdischen Männern nur sechs in der Riebeckstraße verblieben – darunter Heinz Sprung und sein Vater –, alle anderen waren bereits deportiert worden. Sie wurden zunächst in das Polizeigefängnis Leipzig verlegt, aber schon wenige Monate später, im Frühjahr 1940, von dort in das KZ Sachsenhausen deportiert. Hier trafen sie auf Otto Sprung, einen Bruder von Markus Sprung, der sich bereits seit 1936 in →Schutzhaft befand.

Abb. 19: Fotografie von Henry Sprung und Charlotte Wollheim, 1953.

2 Aufzeichnungen von Heinz Sprung, (Jg. 1920) – Mai 1945, Archiv Bürgerbewegung Leipzig e.V., Abteilung Stolpersteine, 32.06 Familie Sprung.
3 Ebd.
4 Ebd.

Im Mai 1942 wurden Otto und Markus im Rahmen einer „Vergeltungsaktion“ von der →SS ermordet. Als Rache für einen Brandanschlag auf die antisowjetische Propaganda-Ausstellung „Das Sowjetparadies“ in Berlin wurden insgesamt 250 jüdische Männer erschossen. Heinz’ Mutter Claire sowie seine Schwestern Lili und Silvia, die in Leipzig verblieben waren, wurden im Juli 1942 ins KZ Auschwitz deportiert und wahrscheinlich direkt nach ihrer Ankunft ermordet. Sie gelten als verschollen.

Im Oktober 1942 wurde auch Heinz Sprung nach Auschwitz verlegt. Hier verrichtete er im Lager „Buna“ Zwangsarbeit für die Firma IG Farben, bis die SS im Januar 1945 aufgrund des Vorrückens der Roten Armee Heinz und eine Großzahl seiner Mitgefangenen auf einen →Todesmarsch zurück ins KZ Sachsenhausen zwang. Von dort wurden die Gefangenen erneut auf einen Todesmarsch getrieben, bis sie endlich am 3. Mai 1945 von amerikanischen Truppen befreit werden konnten. Wie viele der Befreiten, kam auch Heinz Sprung zunächst in ein Lager für Displaced Persons. Vermutlich schrieb er dort seine Erinnerungen an die letzten sechs Jahre nieder, beginnend mit seiner Zeit in der Städtischen Arbeitsanstalt in Leipzig.

Nach dem Krieg ging Heinz zunächst zu einem überlebenden Verwandten nach Kopenhagen, emigrierte 1946 in die USA und nahm den Namen Henry an. In einem Ski–Club in New York lernte er Charlotte Wollheim (geb. Levy) kennen, die mit ihrer jüdischen Familie bereits im Dezember 1938 aus Deutschland in die USA geflohen war.
Die beiden heirateten 1954 und bekamen drei gemeinsame Söhne. Im Jahr 1968, im Alter von nur 48 Jahren, starb Heinz. Neben den uns bekannten Selbstzeugnissen und behördlichen Quellen wurde Heinz’ Lebensgeschichte vornehmlich von seiner Ehefrau Charlotte erzählt. An das Schicksal der Familie Sprung erinnern heute Stolpersteine in der Berggartenstraße 12.

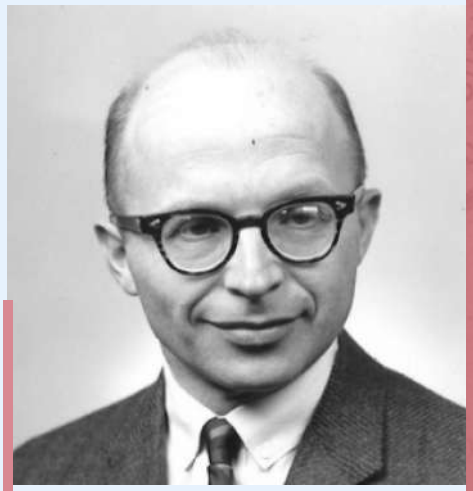


Abb. 20: Porträt Henry Sprung, 1953.

Literaturempfehlungen

Stolpersteine, die an die Familie Sprung erinnern, befinden sich in der Berggartenstraße 12, unter: https://stolpersteine-guide.de/map/biografie/4532/sprung-familie (letzter Zugriff: 20.08.2026)

Sonnefeld, Alina: Als Jude im NS-Internierungslager der Leipziger Arbeitsanstalt. Der Überlebensbericht von Heinz Sprung, in: Blog der Initiative Riebeckstraße 63, 29.10.2024, unter: https://riebeckstrasse63.de/dokumentation/ (letzter Zugriff: 20.08.2026)
.
Wollheim, Charlotte: Interview. https://www.holocaustcenterseattle.org/survivor/charlotte-wollheim/ (letzter Zugriff: 20.08.2026) Zeitabschnitt zu Heinz Sprung: 1:07:15-1:23:00.

Lina Lassi Rochmann

1881–1942

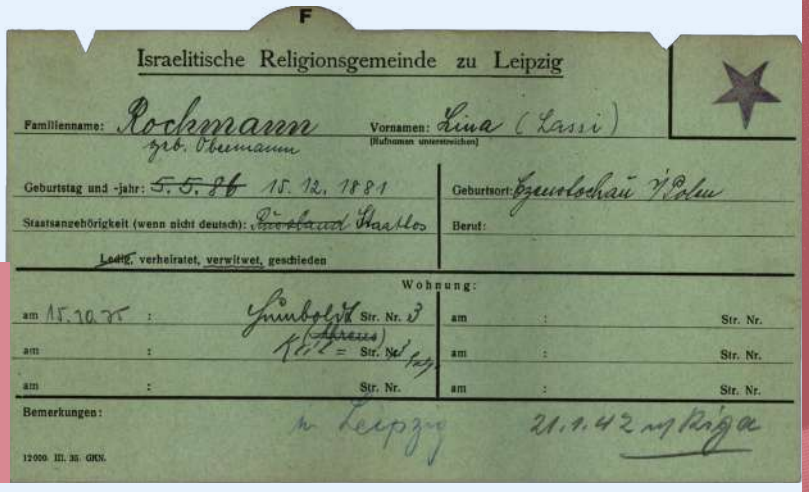
Text: Leonard Kiebel

Abb. 21: Lina Rochmann mit ihren Kindern Adolf und Berta, um 1920.

Lina Lassi Obermann (*15. Dezember 1881 in Częstochowa) war noch ein Kind, als sie im Jahr 1888 mit ihren Eltern und Geschwistern aus der polnischen Region →Galizien nach Leipzig kam. Wie viele weitere Jüdinnen und Juden aus Osteuropa, die vor Armut und zunehmendem →Antisemitismus flohen, verbanden auch die Obermanns mit einem Leben in der Messestadt die Hoffnung auf sozialen und wirtschaftlichen Aufstieg. Das Waldstraßenviertel, in dem sich die Familie ansiedelte, war zu diesem Zeitpunkt ein lebendiges Zentrum der wachsenden jüdischen Gemeinde. Anfang des 20. Jahrhunderts lernte Lina hier ihren Mann Zallel Rochmann (1868–1924) kennen und gründete mit ihm eine Familie. Das Paar mit den drei Kindern Berta (1904–1942), Ester (1907–1918) und Adolf (1910–1964) lebte zunächst in der Humboldtstraße 23. Nachdem Zallel und Ester früh verstorben waren und Berta geheiratet hatte, zogen Lina und ihr Sohn Adolf in eine kleinere Wohnung in der Humboldtstraße 3.

Spätestens ab dem Jahr 1933, in dem der Antisemitismus durch den →Machtantritt der Nationalsozialisten zur Staatsdoktrin wurde, stellte sich für die jüdische Familie sowie für viele ihrer Bekannten die Frage nach Bleiben oder Gehen. Linas Schwester Sara gelang mit Mann und Kindern schon früh eine Ausreise nach Nordengland. Andere Bekannte folgten den Aufrufen der →zionistischen Bewegung und entkamen ins britische →Mandatsgebiet Palästina. Linas Tochter Berta wiederum entschied sich mit ihrer Familie für ein Leben im rumänischen Cetata Alba, am Ufer des Schwarzen Meeres – sogar hier sollten sie und ihre Tochter Judith im Jahr 1941 der Verfolgung deutscher und →rumänischer Faschisten zum Opfer fallen.

Lina und ihr Sohn Adolf blieben zunächst in Leipzig – eine Stadt, die sie trotz allem für ihre wirtschaftlichen und kulturellen Vorzüge schätzten – und hofften auf baldige Veränderung. Erst nachdem in der Pogromnacht am 9. November 1938 die antisemitische Gewalt unvorstellbare Ausmaße annahm, Adolf verhaftet wurde und eine dreiwöchige Haft im Konzentrationslager Sachsenhausen durchleben musste, begannen die beiden fieberhaft ihre Ausreise zu planen. Mit Hilfe der Verwandtschaft in England gelang es ihnen, ein Visum für Adolf zu bekommen. Im März 1939 bestieg er in Rotterdam ein Schiff und erreichte die Britische Insel mit der Absicht, den schnellen Nachzug seiner Mutter zu erwirken. Doch Linas Voraussetzungen für eine Einreise nach England waren als mittellose Frau im fortgeschrittenen Alter und ohne Sprachkenntnisse ungleich schlechter. Spätestens mit dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs und der darauffolgenden unterschiedslosen Einstufung aller Deutschen als →„enemy aliens“ (eng. feindliche Ausländer) wurde das Unterfangen nahezu unmöglich. Der regelmäßige Briefkontakt zwischen Mutter und Sohn, in dem Lina unablässig betont hatte, sie müsse Leipzig verlassen, bevor es zu spät sei, brach weitestgehend ab.


F

Israelitische Religionsgemeinde zu Leipzig

Familienname: Rochmann geb. Neumann
Vornamen: Lina (Lassi)
(Rufnamen unterstreichen)

Geburtstag und -jahr: ~~5.5.86~~ 15. 12. 1881
Geburtsort: Czernochau b. Pelm
Staatsangehörigkeit (wenn nicht deutsch): ~~Preußen~~ Staatlos
Beruf:
~~Ledig~~, verheiratet, verwitwet, geschieden

Wohnung:

am 15.10.35 : Humboldt Str. Nr. 3		am :	Str. Nr.
am : (Adresse) K.L.Z. = Str. Nr. ~~1a~~ 1a,		am :	Str. Nr.
am : Str. Nr.		am :	Str. Nr.

Bemerkungen:
n Leipzig 21.1.42 n Riga

12000 III. 38. GHN.

Abb. 22: Mitgliederkartei der Israelitischen Religionsgemeinde zu Leipzig von Lina Rochmann.

In den Nachrichten, die Adolf und seine Schwester Berta in Rumänien vor Kriegsbeginn noch erreicht hatten, erfuhren sie, wie sich die Situation ihrer Mutter und die Zustände in Leipzig verschärften. Wie alle Leipziger Jüdinnen und Juden war Lina ab dem Frühjahr 1939 gezwungen, ihre Wohnung zu verlassen, um in einem der sogenannten Judenhäuser zu leben. Zunächst hauste sie zusammengepfercht mit mehreren jüdischen Familien in der Humboldtstraße 6, später musste sie erneut den Ort wechseln. Die katastrophalen Lebensbedingungen wurden durch die Gewalt der →Gestapo verstärkt. In ihren Briefen berichtete Lina nun auch von Zwangsarbeit:

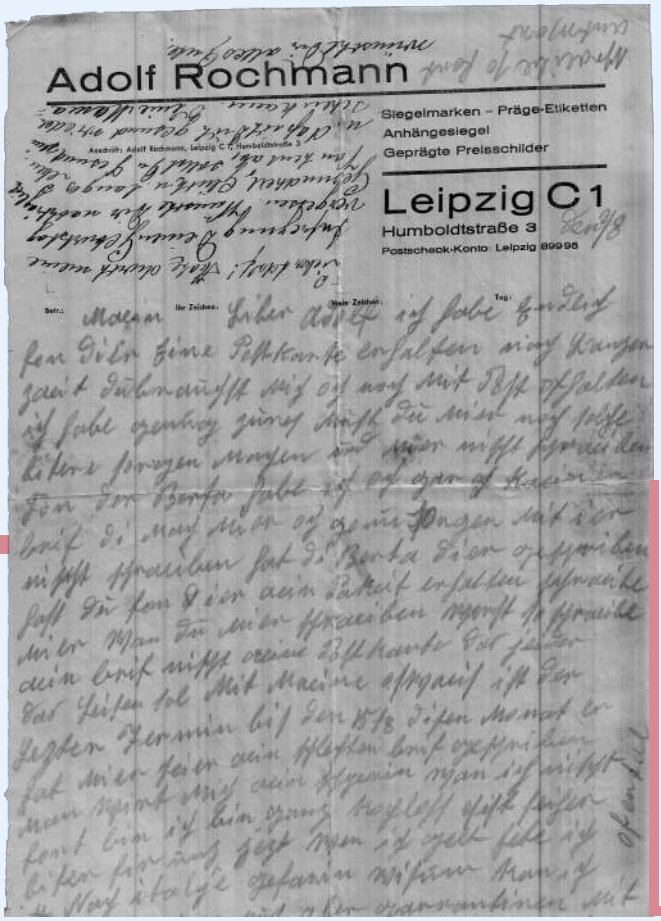
> *„Inzwischen müssen wir – ich meine die über 50-Jährigen – jeden Tag stundenlang auf der Müllhalde arbeiten. All diese Arbeit für lächerliche sechs Reichsmark vom Komitee, damit wir überleben können. Wir arbeiten dort von morgens bis abends und sortieren Müll. Ich würde sagen, das einzig Gute daran ist, dass ich ab und zu etwas Essbares im Müll finde; das ist das Einzige, was mich am Leben hält. Aber die Arbeit ist sehr schwer, das Wetter kalt und meine Schuhe sind kaputt. Vielleicht finde ich etwas, das ich an die Füße ziehen kann. Es ist verboten, etwas mitzunehmen, aber der zuständige Deutsche ist ein freundlicher Mensch und erlaubt uns, ab und zu etwas mitzunehmen und sogar im Sitzen zu arbeiten, wenn niemand von der Gestapo in der Nähe ist. Er hat selber große Angst vor den Lieferanten, die den Müll aus der Stadt herbringen, weil sie ihn oder uns verraten könnten; deshalb müssen wir vorsichtig sein, wenn sie hereinkommen. Du darfst Onkel und Tante nicht erzählen, was ich dir hier schreibe. Niemand soll wissen, dass ich hier im Müll arbeite. Ich will mir gar nicht vorstellen, was sie sich denken, wenn ich zu euch komme. Bitte schreib Onkel David, dass ich am Verhungern bin, falls er es noch nicht begriffen hat. Wenn ich die Miete nicht zusammenkriege braucht ihr euch um mich sowieso keine Gedanken mehr zu machen.*
> *Deine dich liebende Mama“*[1]

Auch die Arbeit in einer Munitionsfabrik wird in Linas Briefen erwähnt. Eine eindeutige Zuordnung des Einsatzortes ist hier aufgrund fehlender Details nicht möglich. Da die Munitionsproduktion in Leipzig jedoch weitestgehend in den Händen der Hugo Schneider Aktiengesellschaft (HASAG) lag, erscheint es naheliegend, dass Lina in deren Hauptwerk in Leipzig-Schönefeld eingesetzt wurde. Hierzu passend wäre auch ihre Beschreibung eines langen, mühsamen Weges, den sie zu Fuß auf sich nehmen musste, weil sie als Jüdin die Straßenbahn nicht nutzen durfte. Zugleich liegen bislang keine Forschungsergebnisse vor, die einen Einsatz jüdischer Zwangsarbeiter:innen bei der HASAG vor der Einrichtung des →KZ-Außenlagers "HASAG Leipzig" im Jahr 1944 belegen.

In der letzten Nachricht, die Adolf im Winter 1942 von seiner Mutter erhielt, berichtete Lina ihm von einem bevorstehenden Transport in ein „Familien-Arbeitslager“ im Osten und sprach die Hoffnung auf ein Wiedersehen nach Ende des Krieges aus. Der →Deportationszug, der am 21. Januar 1942 vom Güterbahnhof Leipzig-Engelsdorf abfuhr, sollte Lina Lassi Rochmann und 558 weitere jüdische Männer, Frauen und Kinder in das Rigaer Ghetto bringen. Die Fahrt dauerte drei Tage und fand unter den Bedingungen extremer Enge, Kälte und ohne Versorgung statt. Laut dem Bericht einer Augenzeugin war Lina bei der Ankunft in Riga bereits tot.

1 Lina Lassi Rochmann: Brief an Adolf Rochmann vom 13. Mai 1939. IIn: Rockman, Chaim: None of Them Were Heroes: Letters Between the Lines 1938-1942, Jerusalem 2003, S. 132 (eigene Übersetzung).

Adolf Rochmann – ab der Ankunft in England als Peter bekannt – sammelte akribisch die Briefe, die von Freunden und Familienmitgliedern nach Deutschland, England, Rumänien und Palästina verschickt worden waren. In den 1950er Jahren migrierte er mit seiner Familie in den neu gegründeten Staat Israel. Über die Zeit in Leipzig sprach er kaum. Von einer ermordeten Mutter und Schwester erfuhren seine Kinder ebenso wenig wie von dem Umstand, dass ihr Vater einmal Adolf geheißen hatte.


Adolf Rochmann

Siegelmarken – Präge-Etiketten
Anhängesiegel
Geprägte Preisschilder

Leipzig C 1
Humboldtstraße 3
Postscheck-Konto: Leipzig 89995

Anfang der 1990er Jahre, lange nach seinem Tod im Jahr 1964, entdeckte seine Tochter Zilila die Schatulle mit Briefen auf dem Dachboden. Auf diese Weise wurde den Kindern ein bis dahin gänzlich beschwiegenes Kapitel der Familiengeschichte bekannt. Chaim Rockman, Sohn von Peter Rochmann, verbrachte daraufhin ein ganzes Jahrzehnt mit Nachforschungen zu seiner Familie und der Aufarbeitung der Dokumente.
Im Jahr 2003 konnte er mit „*None of Them Were Heroes – Letters Between the Lines 1938–1942*“ ein Buch veröffentlichen, das die Geschichte seines Vaters und einer Großmutter, die er nie kennengelernt hatte, erzählt. Im Herbst 2025 reiste er in hohem Alter und in Begleitung seiner Familie nach Leipzig, wo er der Verlegung eines Stolpersteins in der Humboldtstraße 3 beiwohnte, der an das Schicksal von Lina und Adolf Rochmann erinnert.

Abb. 23: Brief von Lina Rochmann an ihren Sohn Adolf, 1939.

Literaturempfehlungen

Stolpersteine, die an Lina und Adolf Rochmann erinnern, befinden sich in der Humboldtstraße 3. Mehr Informationen: https://stolpersteine-guide.de/map/biografie/5377/rochmann-lina-und-adolf (letzter Zugriff: 09.10.2026)

Rockman, Chaim: None of Them Were Heroes: Letters Between the Lines 1938-1942, Jerusalem 2003.

Ulm, Eberhard/Wacker, Jana: "Judenhäuser" in Leipzig 1939 – 1945, ein Schülerprojekt der Henriette-Goldschmidt-Schule Leipzig, in Zusammenarbeit mit dem Kulturamt Leipzig und dem Stadtgeschichtlichen Museum Leipzig, Leipzig 2007.

III. Zwangsarbeit von jüdischen KZ-Gefangenen in Leipzig: Das Beispiel HASAG

Text: Anne Friebel

In den späten 1930er Jahren verschärfte sich der Zwangsarbeitseinsatz von Jüdinnen und Juden im Deutschen Reich zunehmend. Parallel dazu wurde ein neues System der Zwangsarbeit etabliert und mit Beginn des Zweiten Weltkriegs im September 1939 radikal ausgeweitet: Millionen von – mehrheitlich nicht-jüdischen – Kriegsgefangenen und Zivilpersonen aus allen von der Wehrmacht besetzten Gebieten Europas gerieten in den Fokus der deutschen Behörden und wurden zur Zwangsarbeit im Deutschen Reich rekrutiert. Vor allem in Industrie und Landwirtschaft versuchte man so, den mit Kriegsbeginn gestiegenen Arbeitskräftebedarf zu decken, der insbesondere durch die Ausweitung der Rüstungsproduktion und die Einberufung männlicher Facharbeiter zur Wehrmacht entstanden war.

Der Raum Leipzig hatte sich in den 1930er Jahren zu einem bedeutenden Industriestandort entwickelt. Im mitteldeutschen Industriedreieck Leipzig – Merseburg – Böhlen waren kriegswichtige Betriebe der metallverarbeitenden und chemischen Industrie sowie des Bergbaus und Energiesektors ansässig.
Ab 1939 setzten alle großen Unternehmen auf Zwangsarbeiter:innen. In manchen Betrieben machten diese bald mehr als die Hälfte der Beschäftigten aus. Die Leipziger Hugo Schneider AG (HASAG) profitierte besonders von diesem System und entwickelte sich während des Krieges zu einem der größten Rüstungskonzerne des Deutschen Reiches. Die Geschichte der Firma verdeutlicht exemplarisch, wie eng wirtschaftliche Interessen und nationalsozialistische Verfolgungspolitik miteinander verflochten waren.

Abb. 24: Blick über das Werksgelände der HASAG in Leipzig, um 1940.

NS-Zwangsarbeit in Leipzig

Leipzig war während des Zweiten Weltkrieges ein bedeutendes Zentrum der NS-Rüstungsindustrie. Ab Herbst 1939 wurden in der Stadt ausländische Arbeitskräfte eingesetzt, vor allem zivile Zwangsarbeiter:innen, die von den deutschen Arbeitsbehörden in Polen, Frankreich, der Sowjetunion und weiteren besetzten Ländern angeworben, zwangsrekrutiert oder ins Deutsche Reich verschleppt wurden. In Leipzig waren sie in mehr als 500 Lagern untergebracht und rassistischer Diskriminierung ausgesetzt. Mit der Ausweitung der Kriegsproduktion nahm die Zahl der in Leipzig eingesetzten Zwangsarbeiter:innen stetig zu und stieg bis Kriegsende auf etwa 75.000 – ein Zehntel der damaligen Leipziger Bevölkerung. Parallel dazu verschärfte sich auch der Zwangsarbeitseinsatz der jüdischen Leipziger:innen.

Ab 1943 erfolgte eine weitere Radikalisierung des Zwangsarbeitseinsatzes. Angesichts der steigenden Anforderungen der Rüstungsproduktion band die →SS die Gefangenen der Konzentrationslager systematisch in die Kriegswirtschaft ein. Im gesamten Reich entstanden →KZ-Außenlager, die direkt an Fabriken angeschlossen waren. Unternehmen konnten nun KZ-Gefangene von der SS „anmieten“ und unter deren Bewachung zur Arbeit einsetzen. Während die im Deutschen Reich lebende jüdische Bevölkerung schrittweise in Vernichtungslager im Osten deportiert wurde, wurden ab 1943 gleichzeitig Jüdinnen und Juden aus Polen, Ungarn sowie anderen besetzten Ländern zur Zwangsarbeit ins Reich verschleppt. Im Raum Leipzig entstanden ab Frühjahr 1943 sechs Außenlager des Konzentrationslagers Buchenwald. In fast allen waren nachweislich auch jüdische KZ-Gefangene untergebracht. Der Rüstungskonzern HASAG spielte hierbei eine Schlüsselrolle: Im KZ-Außenlager „HASAG Leipzig“, das im Sommer 1944 errichtet wurde, war die Zahl jüdischer Gefangener am höchsten.

Die HASAG im besetzten Polen und das KZ-Außenlager „HASAG Leipzig“

Die Hugo Schneider AG (HASAG), ursprünglich ein Lampen- und Metallwarenunternehmen, entwickelte sich nach 1933 zu einem der bedeutendsten deutschen Rüstungskonzerne. Unter der nationalsozialistischen Führung wurde die Produktion konsequent auf Waffen und Munition umgestellt. Besonders „kriegswichtig“ war die Entwicklung und Massenfertigung der Panzerfaust.

Die HASAG hatte ihr Stammwerk in Leipzig und zahlreiche Zweigwerke in Mitteldeutschland, expandierte 1939 aber auch ins besetzte Polen. Nach dem deutschen Angriff auf Polen hatte die Firma mehrere polnische Rüstungsfabriken im sogenannten →Generalgouvernement übernommen – in Skarżysko-Kamienna, Częstochowa und Kielce. Ab 1942 errichtete die HASAG an ihren dortigen Standorten firmeneigene Zwangsarbeitslager für zehntausende jüdische Männer, Frauen und Kinder, die aus den umliegenden →Ghettos rekrutiert wurden. Parallel begann mit der →„Aktion Reinhardt“ die systematische Ermordung der Jüdinnen und Juden im Generalgouvernement durch die Nationalsozialisten.

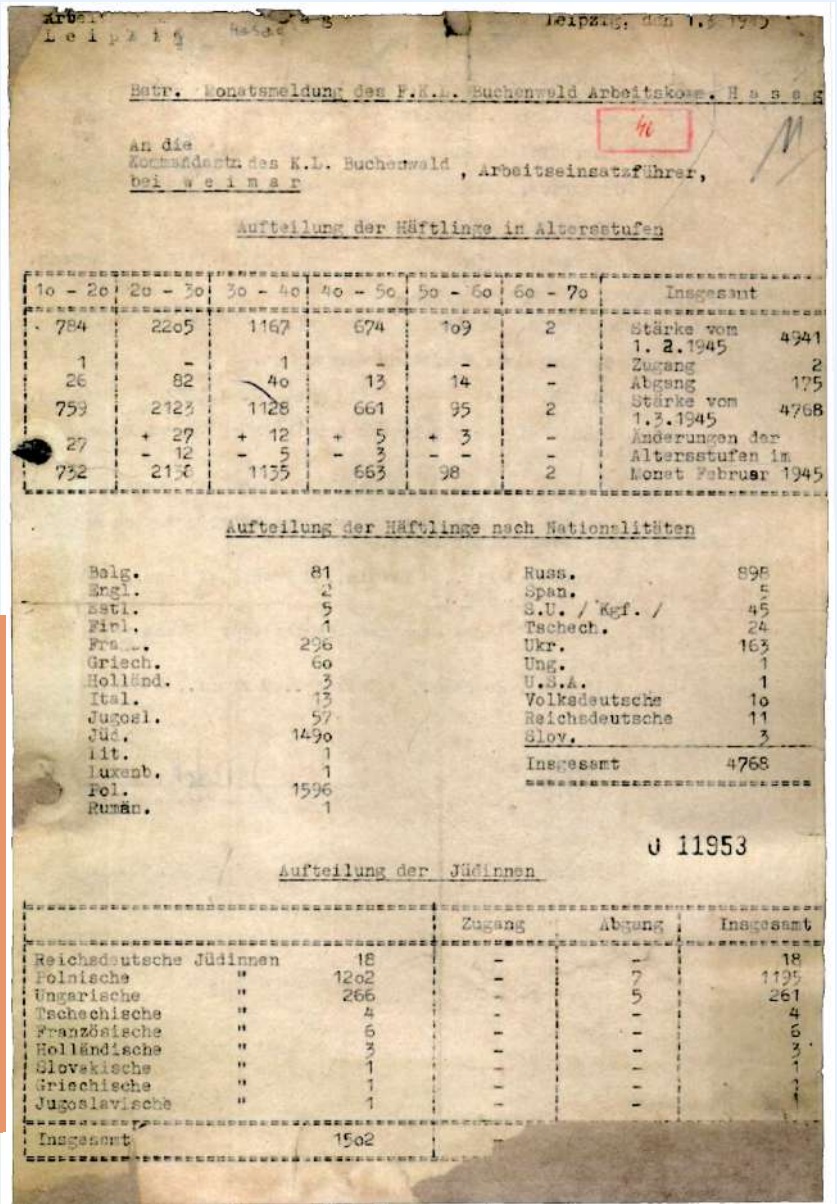
Durch die Zwangsarbeit für die HASAG konnten mehrere Zehntausend Jüdinnen und Juden vorerst der Deportation in das Vernichtungslager Treblinka entkommen. In den HASAG-Werken mussten sie unter katastrophalen Bedingungen Rüstungsgüter herstellen und kamen mit giftigen Chemikalien in Kontakt, litten unter Hunger, Misshandlungen und Krankheiten. Der →Werkschutz der HASAG führte regelmäßig Selektionen und Massenerschießungen durch, denen Zehntausende zum Opfer fielen. Die HASAG-Werke im Generalgouvernement gehörten zu den größten Zentren jüdischer Zwangsarbeit innerhalb der deutschen Rüstungsindustrie. Die Leipziger Firma HASAG war dort unmittelbar an der →Shoah und an der „Vernichtung durch Arbeit“ beteiligt. Bis heute ist die Geschichte dieser Orte nicht vollständig aufgearbeitet und die Rolle der HASAG in der Shoah kaum im öffentlichen Bewusstsein verankert.

Als sich die Rote Armee im Sommer 1944 von Osten näherte, verlagerte die HASAG Teile ihrer Produktion aus dem Generalgouvernement nach Deutschland. Zudem wurden tausende jüdische Zwangsarbeiter:innen ins Reich deportiert und dort als KZ-Gefangene in den HASAG-Zweigwerken weiter beschäftigt. Im Juni 1944 richtete die Firma auf ihrem Werksgelände in Leipzig-Schönefeld das Außenlager „HASAG Leipzig“ ein. Es entwickelte sich innerhalb weniger Monate mit mehr als 5.000 weiblichen Gefangenen zum größten Frauen-Außenlager des KZ Buchenwald.

Abb. 25: Das Gebäude des ehemaligen KZ-Außenlagers „HASAG Leipzig“, 2014.

Etwa ein Drittel der Gefangenen waren Jüdinnen, die zuvor in den HASAG-Lagern des Generalgouvernements eingesetzt worden waren. Anfang August 1944 trafen über 1.200 polnische Jüdinnen, teilweise mit kleinen Kindern, aus dem aufgelösten Lager Skarżysko-Kamienna in Leipzig ein. Sie wurden nun als KZ-Gefangene weiterhin für die Rüstungsproduktion der HASAG ausgebeutet. Insgesamt befanden sich hier Frauen 28 verschiedener Nationalitäten, vor allem sogenannte „politische Gefangene“ aus Polen, Frankreich und der Sowjetunion. Unter ihnen waren **Golda Finkler** und **Felicja Karay** geb. Schächter, deren Biografien auf den folgenden Seiten vorgestellt werden.

Das KZ-Außenlager „HASAG Leipzig“ bestand aus einem mehrgeschossigen Fabrikgebäude und angrenzenden Baracken, umgeben von Stacheldrahtzäunen und Wachtürmen. Gewalt gehörte zum Alltag der Gefangenen. Die Bewachung erfolgte durch SS-Männer und weibliche Aufseherinnen. Täglich marschierten die Gefangenen in Kolonnen zu den Produktionsstätten der HASAG. Dort mussten sie in 12-Stunden-Schichten in der Herstellung von Munition, Granaten und Panzerfäusten arbeiten. Die Ernährung war unzureichend, und die Unterkünfte waren überfüllt, sodass Krankheiten sich ausbreiteten, während medizinische Versorgung kaum vorhanden war. Hunger, Kälte und Überarbeitung führten zu zahlreichen Erkrankungen. Mindestens 18 Frauen starben vor Ort, weitere 500 wurden bei Selektionen als „arbeitsunfähig“ eingestuft und in andere Konzentrationslager oder nach Auschwitz deportiert.



Betr. Monatsmeldung des F.K.L. Buchenwald Arbeitskom. H a s a g

An die
Kommandantur des K.L. Buchenwald , Arbeitseinsatzführer,
bei w e i m a r

Aufteilung der Häftlinge in Altersstufen

10 - 20	20 - 30	30 - 40	40 - 50	50 - 60	60 - 70	Insgesamt	
784	2205	1167	674	109	2	Stärke vom 1. 2.1945	4941
1	-	1	-	-	-	Zugang	2
26	82	40	13	14	-	Abgang	175
759	2123	1128	661	95	2	Stärke vom 1.3.1945	4768
27	+ 27	+ 12	+ 5	+ 3	-	Änderungen der	
	- 12	- 5	- 3	- -		Altersstufen im	
732	2138	1135	663	98	2	Monat Februar 1945	

Aufteilung der Häftlinge nach Nationalitäten

Belg.	81	Russ.	898
Engl.	2	Span.	5
Estl.	5	S.U. / Kgf. /	45
Finl.	1	Tschech.	24
Fra...e.	296	Ukr.	163
Griech.	60	Ung.	1
Holländ.	3	U.S.A.	1
Ital.	13	Volksdeutsche	10
Jugosl.	57	Reichsdeutsche	11
Jüd.	1490	Slov.	3
Lit.	1		
Luxemb.	1	Insgesamt	4768
Pol.	1596		
Rumän.	1		

U 11953

Aufteilung der Jüdinnen

		Zugang	Abgang	Insgesamt
Reichsdeutsche Jüdinnen	18	-	-	18
Polnische "	1202	-	7	1195
Ungarische "	266	-	5	261
Tschechische "	4	-	-	4
Französische "	6	-	-	6
Holländische "	3	-	-	3
Slovakische "	1	-	-	1
Griechische "	1	-	-	1
Jugoslavische "	1	-	-	1
Insgesamt	1502	-		

Abb. 26: Aufstellung der Gefangenen des KZ „HASAG Leipzig“ nach Nationalitäten, 1.3.1945.

Trotz dieser Bedingungen entwickelten sich im Lager Formen der Selbstbehauptung. Überlebende wie Felicja Schächter berichteten von Sabotageakten in der Produktion sowie von gegenseitiger Hilfe unter den Gefangenen. Kulturelle Aktivitäten wie gemeinsame Liederabende, Theateraufführungen oder literarische Veranstaltungen halfen vielen Frauen, ihre Würde und Zuversicht zu bewahren. Solche Praktiken waren keine offenen Aufstände, stellten jedoch wichtige Formen des Überlebens und des Widerstandes dar.

Die HASAG profitierte unmittelbar von der Ausbeutung jüdischer Arbeitskräfte und trug damit wesentlich zur Funktionsfähigkeit der deutschen Kriegswirtschaft in ihrer Endphase bei. Bis Kriegsende beschäftigte der Konzern insgesamt mehr als 60.000 Menschen, mehr als zwei Drittel davon Zwangsarbeiter:innen. Einen großen Teil davon machten jüdische Zwangsarbeiter:innen aus dem Generalgouvernement aus.

Abb. 27: Zwangsarbeiter:innen bei der Fertigung von Panzerfäusten im HASAG-Werk Leipzig, 1943/1944.

Todesmärsche und Kriegsende

Als sich die Alliierten im Frühjahr 1945 Leipzig näherten, begann die SS mit der Räumung der Konzentrationslager. Am 13. April 1945 trieb die SS die Gefangenen des KZ-Außenlagers „HASAG Leipzig“ auf einen sogenannten →Todesmarsch Richtung Osten. Ziel war es, die Gefangenen nicht in die Hände alliierter Truppen fallen zu lassen. Viele der ohnehin geschwächten Frauen starben unterwegs an Erschöpfung, Hunger oder Misshandlungen. Andere wurden von Wachmannschaften erschossen oder blieben entkräftet am Wegesrand zurück. Der Todesmarsch markierte die letzte Eskalation der Gewalt gegen die Gefangenen. Für viele Überlebende bedeutete erst die Befreiung durch alliierte Truppen das Ende jahrelanger Gewalt, Entrechtung und Ausbeutung.

Die Geschichte der jüdischen Zwangsarbeit im KZ-Außenlager „HASAG Leipzig“ zeigt beispielhaft, wie eng die nationalsozialistische Verfolgungs- und Vernichtungspolitik mit den Interessen der deutschen Rüstungswirtschaft verflochten war. Jüdinnen und Juden wurden nicht nur entrechtet und verfolgt, sondern gezielt als Arbeitskräfte ausgebeutet, um die Kriegsproduktion bis in die letzten Kriegstage aufrechtzuerhalten. Die HASAG profitierte in besonderem Maße von diesem System und entwickelte sich zu einem der größten Profiteure von KZ-Zwangsarbeit im Deutschen Reich. Außerdem war die Firma direkt in die Shoah und die „Vernichtung durch Arbeit“ involviert. Das Außenlager „HASAG Leipzig“ steht damit exemplarisch für die Bedeutung von NS-Zwangsarbeit in der nationalsozialistischen Kriegswirtschaft.

Abb. 28: Befreite Frauen aus dem KZ „HASAG Leipzig“, bei Wurzen, Mai 1945.

Literaturempfehlungen

Friebel, Anne/Ulbricht, Josephine (Hrsg.): Zwangsarbeit beim Rüstungskonzern HASAG. Der Werksstandort Leipzig im Nationalsozialismus und seine Nachgeschichte, (Schriftenreihe der Gedenkstätte für Zwangsarbeit Leipzig, Band 1), Leipzig 2023.

Karay, Felicja: Wir lebten zwischen Granaten und Gedichten. Das Frauenlager der Rüstungsfirma HASAG im Dritten Reich, aus dem Hebräischen übers. v. Susanne Plietzsch, Köln/Weimar/Wien 2001.

Audiofeature: Überleben und Widerstand im KZ-Außenlager „HASAG Leipzig“
Stream auf Mixcloud: https://www.mixcloud.com/GfZL/überleben-und-widerstand-im-kz-außenlager-hasag-leipzig/
(letzter Zugriff: 09.10.2026)

Felicja Karay geb. Schächter

1927–2014

Text: Tina Bähringer

Abb. 29: Felicja Karay, geb. Schächter nach Kriegsende, 1945.

Felicja Karay wurde als Felicja Schächter am 26. Januar 1927 in einer jüdischen Familie in Krakau geboren, wo sie später auch die Schule besuchte. Nach dem Überfall der Wehrmacht auf Polen erreichten die deutschen Truppen bereits am 6. September 1939 Krakau. Dies änderte das Leben der Zwölfjährigen schlagartig. Um der →antisemitischen Gewalt zu entkommen, floh sie quer durch Ostpolen. Da sie jedoch keinen dauerhaften Unterschlupf finden konnte, kehrte sie im November 1942 zurück in ihre Geburtsstadt. Zu dieser Zeit bestand bereits das Krakauer →Ghetto, in dem bis zu 15.000 Menschen auf sehr engem Raum unter unwürdigen Bedingungen leben und arbeiten mussten. Auch Felicja Schächter kam nun dort unter.

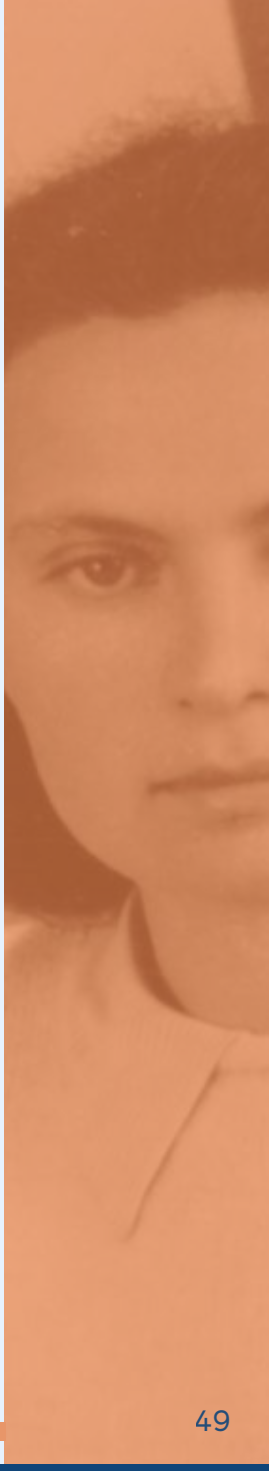
Im Frühjahr 1943 begann die →SS mit der Räumung des Krakauer Ghettos. Diejenigen, die in den Augen der SS nicht arbeitsfähig waren, wurden noch vor Ort erschossen, alle anderen wurden in das nahegelegene →Konzentrationslager Plaszow deportiert, um dort in den Kalksteinbrüchen für das SS-eigene Unternehmen „Deutsche Ausrüstungswerke“ (DAW) unter Zwang zu arbeiten.
Im März 1943 wurde auch Felicja Schächter in dieses Lager verschleppt und wenig später in das „Zwangarbeitslagers für Juden“ des Rüstungsunternehmens HASAG in Skarżysko-Kamienna gebracht. Die unwürdigen und lebensbedrohlichen Bedingungen führten zum Tod vieler Zwangsarbeiter:innen.

Als die HASAG durch das Vorrücken der Roten Armee ihre Werke und Zwangsarbeitslager im besetzten Polen nach und nach auflöste, wurde Felicja gemeinsam mit anderen jüdischen Zwangsarbeiter:innen im August 1944 in das KZ-Außenlager „HASAG Leipzig“ deportiert, das sich in der Nähe des Stammwerks der Firma befand. Viele Jahrzehnte später erforschte und verarbeitete sie ihre Erfahrungen in ihrem Buch *Wir lebten zwischen Granaten und Gedichten. Das Frauenlager der Rüstungsfabrik HASAG im Dritten Reich*. Darin berichtet sie über den von Gewalt, Schmerz und Hunger geprägten Arbeitsalltag, aber auch von Solidarität, Widerstand und Überlebenswillen.

„Die Arbeit war schwer und zermürbend. Zwölf Stunden, die sich wie eine Ewigkeit hinzogen – ein gnadenloser Strudel der Monotonie [...]. Im HASAG-“Nordwerk“ arbeiteten Jüdinnen, Polinnen und Französinnen. Die Hallen wurden im Sommer nicht gelüftet, weil wegen der angeordneten Verdunkelung alle Fenster geschlossen bleiben mussten. Die Hitze und der Mangel an frischer Luft sowie das ständige Schwitzen verursachten bei vielen Frauen Anämien.“[1]

Für ihr Buch über das KZ-Außenlager „HASAG Leipzig“ wertete sie in den 1990er Jahren auch zahlreiche Erinnerungsberichte jüdischer Mitgefangener aus, die im Archiv der Gedenkstätte Yad Vashem aufbewahrt werden. Zu den überlieferten Zeugnissen gehört der Bericht von Malka Zuckerbrot, geb. Hottner, der ein Gedicht einer unbekannter Verfasserin enthält. Darin findet die Erfahrung der harten und entmenschlichenden Zwangsarbeit ihren poetischen Ausdruck:

"Täglich arbeite ich zwölf Stunden in der Fabrik.
Hast du gesehen,
wie die Stunden zwischen den Maschinen durchschlüpfen,
wie sie, die noch schreien in der Finsternis des Morgens,
eine nach der anderen dahinströmen
schwer, dunkel und unendlich lang?
Zwölf Stunden, das ist unser Anteil,
zwölf Stunden für jede.
Es wird geschraubt, gedreht, gehämmert, gesägt, gestempelt -
und an den Stunden, die vergehen,
klebt unser Schweiß und unser Blut,
unsere Mühe und unsere Sehnsucht
nach dort ...
Zwölf volle Stunden,
unser immerwährender fester Anteil,
zwölf Stunden für jede,
unser tägliches Maß ..."[2]



1 Karay, Felicja: Wir lebten zwischen Granaten und Gedichten. Das Frauenlager der Rüstungsfabrik HASAG im Dritten Reich. Böhlau Verlag, Köln 2001, S. 64 f.
2 Zeugnis von Malka Zuckerbrot, geb. Hottner, in: Yad Vashem, 0-33/1655, zitiert in: Karay, Wir lebten zwischen Granaten und Gedichten, S. 65.

Im April 1945 schließlich wurde das Werk von Soldaten der US-amerikanischen Armee befreit. Neben der Freude und Hoffnung, die die Befreiung auslöste, kam mit der Zeit auch ein Gefühl der Unsicherheit, der Heimat- und Perspektivlosigkeit bei den Überlebenden auf: Wo würden sie ihren Platz finden? Lebten ihre Angehörigen? Wie konnten sie diese finden? Wie würde es weitergehen?

„Das größte Problem waren die Fragen: Wohin? Wo ist mein Zuhause? Diese Fragen erscheinen in vielen Erinnerungen. [...] Die jüdischen ehemaligen Zwangsarbeiterinnen des Lagers Leipzig wählten, wie andere Juden auch, eine von drei Möglichkeiten: Einige kehrten nach Polen zurück, um nach überlebenden Familienangehörigen zu suchen, und blieben zum Teil sogar dort. Andere nutzten die erste sich bietende Gelegenheit, nach Amerika auszuwandern, und Tausende schließlich warteten in den Flüchtlingslagern auf ihre Immigration nach Palästina.“[3]

Felicja Schächter kehrte zunächst nach Krakau zurück und zog anschließend nach Łódź. Dort engagierte sie sich in der →linkszionistischen Bewegung Hashomer Hatzair, organisierte Kulturveranstaltungen und bereitete ihre geplante Ausreise nach Palästina vor. Sie legte das Abitur ab und nahm Dramaturgie- und Gesangsunterricht. 1950 emigrierte sie schließlich nach Israel. Nach ihrem Geschichtsstudium an der Universität Tel Aviv lehrte sie als Gymnasiallehrerin Geschichte im Kibbuz Rishon LeZion. Sie heiratete und bekam mit ihrem Mann zwei Kinder.

Abb. 30: Polnischer Ausweis von Felicja Schächter, 1948.

3 Karay, Wir lebten zwischen Granaten und Gedichten, S. 203.

Anfang der 1980er Jahre unternahm Felicja Schächter – nun Felicja Karay – in den Schulferien Archivrecherchen zur Geschichte des jüdischen Arbeitslagers Skarżysko-Kamienna. Das Ergebnis ihrer Forschungen, eine umfangreiche historische Arbeit, reichte sie 1987 als Dissertation ein. Diese erschien 1996 auch auf Englisch unter dem Titel: *Death comes in yellow. Skarzysko-Kamienna Slave Labor Camp*. Am Diaspora Research Institute der Universität Tel Aviv forschte sie zum kulturellen Leben in den Arbeits- und Konzentrationslagern und zur besonderen Situation der Frauen. Zudem war sie aktiv in der Bildungsarbeit, unter anderem in der Gedenkstätte Yad Vashem und für das israelische Bildungsministerium. Bis zu ihrem Tod am 9. März 2014 lebte Felicja Karay im Kibbuz Rishon LeZion.

Abb. 31: Felicja Karay (Mitte, mit Mütze) mit anderen ehemaligen Mitgefangenen in Leipzig, Gedenkstein am ehemaligen HASAG-Gelände, 1998.

Literaturempfehlungen

Karay, Felicja: Death Comes in Yellow: Skarzysko-Kamienna Slave Labor Camp. Amsterdam, 1996.

Karay, Felicja: Wir lebten zwischen Granaten und Gedichten. Das Frauenlager der Rüstungsfirma HASAG im Dritten Reich, aus dem Hebräischen übers. v. Susanne Plietzsch, Köln/Weimar/Wien 2001.

Golda Finkler

1903–1991

Text: Leonard Kiebel

Abb. 32: Fotografie von Golda Finkler, 1918.

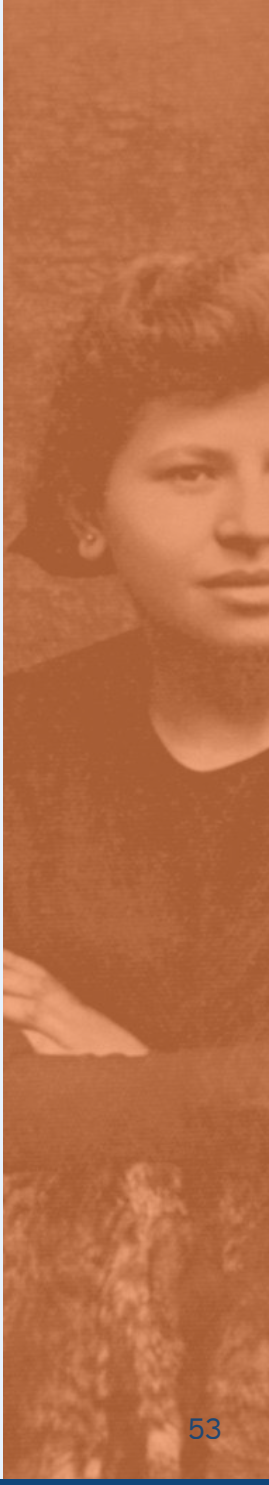
Anfang der 1990er Jahre, kurz vor ihrem Tod, sprach Golda Finkler ihre Erinnerungen an ein lange zurückliegendes Leben in Europa in einer Tonbandaufnahme ein. Sie erzählte von ihrer Kindheit im polnischen Lublin als Mitglied einer traditionsreichen jüdischen Familie und von einer Jugend voller Wissensdurst, der sie an die Universität Warschau führte. Sie sprach auch über die Gewalt des Naziterrors, der sie als Jüdin in mehrere →Ghettos, Arbeits- und →Konzentrationslager gezwungen hatte – ab dem Jahr 1944 auch in Leipzig.

Goldas Erinnerungen sind umfassend und detailliert. Die Aufnahme umfasst über 100 Kassetten. Ihre Tochter Kaja Finkler (1935–2025), die die →Shoah als Kind überlebte, hat das gesamte Material verschriftlicht und um ihre eigenen Erinnerungen ergänzt. Aus diesen Aufzeichnungen entstand ihr Buch *„Lives Lived and Lost. East European History Before, During and After World War II as Experienced by an Anthropologist and Her Mother”.* Eine Besucherin der Gedenkstätte für Zwangsarbeit Leipzig, die bis zu Kaja Finklers Tod im Sommer 2025 mit dieser an der Universität Chapel Hill in North Carolina lehrte, machte uns auf die Geschichte von Mutter und Tochter aufmerksam.

Golda Finkler wurde am 28. Januar 1903 als Golda Eiger-Taub in Lublin geboren und wuchs in einem Umfeld besonderer Gelehrsamkeit und Religiosität auf. Das Haus ihrer Großeltern, in dem sie mit der Mutter lebte, war zu dieser Zeit ein wichtiges Zentrum des chassidischen Judentums in Lublin. Der Großvater Abraham Eiger war ein angesehener →Rabbi. Das Studium jüdischer Schriften wie →Tora und →Talmud gehörte ebenso zum Alltag wie der rege Besuch der Gemeindemitglieder und das Feiern von Bräuchen und Festen. Golda erfuhr in ihrer Kindheit viel Herzlichkeit und Zugewandtheit. Der Glaube war für sie ein Leben lang von großer Bedeutung, auch und gerade in den Jahren größter Angst.

Goldas Bildungsweg war für ihre Zeit ungewöhnlich. Dass sie als Mädchen zu Beginn des 20. Jahrhunderts mehrere Schulen besuchte, war weder in ihrem jüdischen Umfeld noch in der übrigen polnischen Gesellschaft üblich und vor allem den Bemühungen ihrer Mutter zu verdanken. In der Schule lernte Golda lesen und rechnen, zuhause wurde sie mit Hebräisch und Russisch vertraut gemacht. Sogar der Besuch eines Gymnasiums wurde in der Familie erwogen. Schließlich entschied man sich aber dagegen, aus Sorge, durch eine derart unkonventionelle Entscheidung in Verruf zu geraten. Umso erstaunlicher ist der Mut, mit dem Golda später eben jene Konventionen durchbrach. Anstelle einer frühen Heirat und Mutterschaft, die in der chassidischen Gemeinschaft gängig gewesen wären, nahm sie als junge Frau in Warschau ein Jurastudium auf. Als gläubige Jüdin mit dem Wunsch nach säkularer Bildung stand sie dabei zwischen den Stühlen. Seitens ihrer Familie konnte sie nur auf die Unterstützung von Mutter und Stiefvater vertrauen. Vor der übrigen Familie sollte das Studium geheim bleiben. An der Universität wiederum – wohl die einzige Hochschule im gesamten Land, an der sie trotz des allgegenwärtigen →Antisemitismus akzeptiert war – wurde ihre Assimilation verlangt. Golda jedoch lehnte diese Assimilation ab. Dass sie nicht nur eine herausragende Studentin war, sondern auch für die Akzeptanz ihres jüdischen Glaubens kämpfte, erzählt sie auf der Aufnahme mit Stolz:

> *„Ich hatte noch einen weiteren Professor […] Er war der Einzige, mit dem ich Schwierigkeiten hatte. Dieser Mann setzte seine Prüfungen auf den Samstag an, was mich in einen schweren Gewissenskonflikt brachte. […] Ich beschloss, es zu wagen, und ging zu ihm, um ihm zu sagen, dass ich die Tochter eines Rabbiners sei, religiös lebe und deshalb am Samstag nicht kommen könne. Ich fragte ihn, ob er mir die Prüfung unter der Woche geben könne. Zwar musste ich einmal an einem Samstag erscheinen, doch er nahm statt einer schriftlichen eine mündliche Prüfung ab; ein anderes Mal ließ er mich die Prüfung in der darauffolgenden Woche ablegen – zum Erstaunen aller..“*[1]



1 Finkler, Kaja und Finkler, Golda: Lives Lived and Lost. East European History Before, During and After World War II as Experienced by an Anthropologist and Her Mother, Brighton/ USA 2012, S. 76. (eigene Übersetzung)

Als am 1. September 1939 die Bomben auf Warschau fielen, zerbrach für Golda eine Welt. Ihre Tochter Kaja war erst vier Jahre alt. Ihr Ehemann Haim Yosef Finkler (1900–1943) befand sich zu diesem Zeitpunkt in der Kleinstadt Piotrków Trybunalski, etwa 100 Kilometer südwestlich der Hauptstadt. Durch die Besetzung Polens sowie durch die Einrichtung und Abriegelung jüdischer Ghettos in beiden Städten wurde das Paar zunächst getrennt. Schließlich gelang es Golda, zuerst ihre Tochter und dann sich selbst aus dem Warschauer Ghetto zu schmuggeln und unter Lebensgefahr nach Piotrków Trybunalski zu reisen. Für einen kurzen Zeitraum waren hier Haim, Golda und Kaja mit weiteren Familienmitgliedern ein letztes Mal vereint.

Abb. 33: Fotografie von Golda Finkler mit Tochter Kaja von 1938.

Der Liquidation des Ghettos in Piotrków Trybunalski, bei der im Oktober 1942 der Großteil der Bevölkerung deportiert und im Vernichtungslager Treblinka ermordet wurde, konnte die Familie zunächst zu neunt in einem Versteck auf dem Dachboden entkommen. Drei Wochen verbrachten sie auf engstem Raum zusammengepfercht. Schließlich wurden sie verraten und enttarnt, verblieben jedoch zunächst noch als Zwangsarbeiter:innen im Ghetto. Im Februar 1943 durchsuchten die Deutschen das Ghetto nach 300 Frauen, um sie andernorts in der Waffenproduktion einzusetzen. Auch Golda musste sich nun von ihrer Familie trennen. Bis zum letzten Moment vor der Abfahrt waren Golda und Haim über den Verbleib der Tochter Kaja unentschlossen: Niemand wusste, ob der Zug tatsächlich in ein Arbeits- oder doch in ein Mordlager fahren würde. Am Bahnsteig brach ein Tumult aus, Haim wurde von einem deutschen Aufseher gefährlich verletzt. Schließlich fuhr Golda ohne ihre Tochter ab. Bis sie Kaja als einzige Überlebende der zurückgelassenen Familie wiedersehen sollte, vergingen drei Jahre. Haim Yosef Finkler starb noch im Juni 1943 im Ghetto von Piotrków Trybunalski, vermutlich an den Folgen seiner Verletzung.

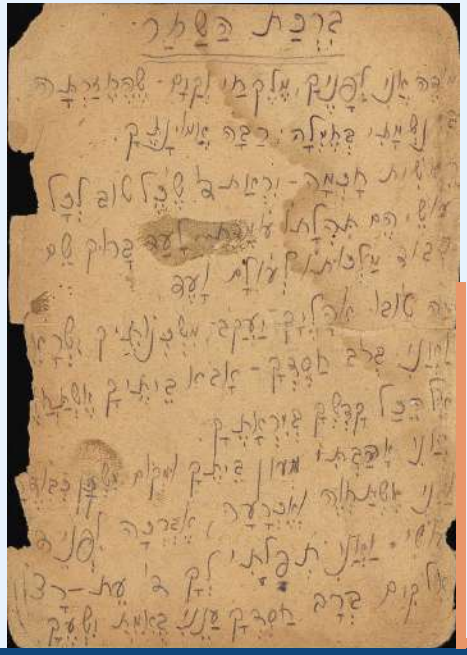
Der Transport ging nach Skarżysko-Kamienna, wo Golda für mehr als ein Jahr unter brutalen Bedingungen in den Werken des Leipziger Rüstungskonzerns HASAG arbeiten musste. Die Versorgung war schlecht, die Arbeit mit Maschinen und Chemikalien hart und oftmals tödlich. Wer aufgrund von Krankheit und Erschöpfung nicht mehr leistungsfähig war, wurde in den umliegenden Wäldern erschossen. Golda, die lange Kraft aus der Zusammenkunft mit ihrer Familie schöpfen konnte, erlebte nun einen Schock: „*Vom ersten Moment meiner Ankunft in Skarżysko-Kamienna begann ich zu weinen. Ich weinte viel. Ich lief die erste Woche, die zweite Woche und auch die dritte Woche mit roten, geschwollenen Augen umher.*“[2] Erst als sie den Gedanken an eine Flucht fallen ließ und sich ihrem Schicksal fügte, habe es für sie nichts mehr zu beweinen gegeben.

2 Finkler, Kaja und Finkler, Golda: Lives Lived and Lost, S. 118.

Im Sommer 1944 näherte sich die Rote Armee. Das Werk wurde aufgegeben und das Arbeitslager geräumt. Ein weiteres Mal wurde Golda verschleppt, diesmal Richtung Westen ins Deutsche Reich. Die Fahrt in dem überfüllten Zug dauerte mehrere Tage und hatte das Stammwerk der HASAG in Leipzig-Schönefeld zum Ziel. Auch hier fanden Selektionen und Bestrafungen statt, auch hier herrschten Hunger und Entbehrung. Die Arbeit selbst beschreibt Golda als monoton:

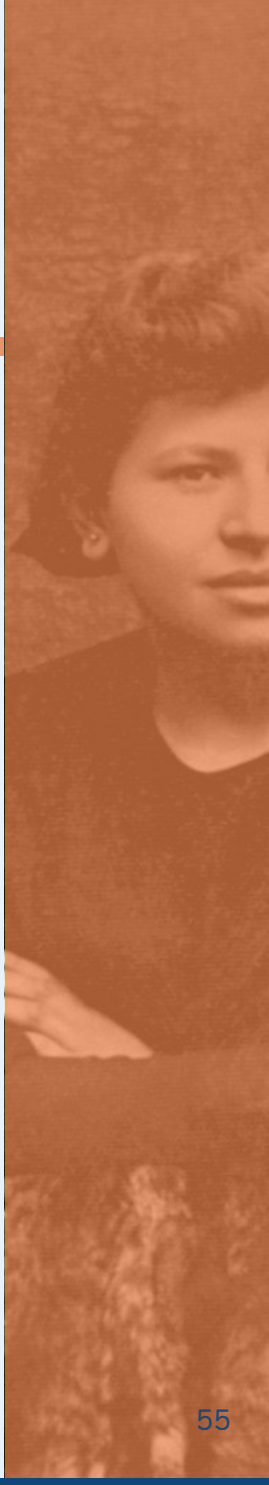
> *„Anders als in Skarżysko-Kamienna, wo wir an der Herstellung verschiedener Teile von Granaten beteiligt waren, war das Werk in HASAG-Leipzig wesentlich stärker automatisiert. Wir stellten dort nur ein einziges Bauteil her, das sowohl bei Granaten verschiedener Größen als auch bei schultergestützten Waffen zum Einsatz kam, die Geschosse abfeuerten.“*[3]

Trotz all dem waren die Zustände erträglicher als in Skarżysko-Kamienna. Als Golda bei der Ankunft eine Häftlingsnummer zugeteilt wurde, rechnete sie diese als Quersumme zur Zahl 18 zusammen, die in der chassidischen Mystik als Buchstabencode für das hebräische Wort „Chai“ – Leben – steht. Hieran klammerte sie sich fest, ebenso wie an die Träume von ihrer Tochter, die sie davon überzeugten, dass Kaja noch lebte. Auch im gemeinsamen Glauben mit den anderen Jüdinnen fand Golda neue Kraft. In einem Notizheft legten die Frauen einen Kalender an, in dem die wichtigsten jüdischen Feiertage vermerkt waren und der Golda half, eine zeitliche Orientierung zu behalten.



„Ebenso wie das Notizheft benutzte ich auch Karten, auf denen wir aufschreiben sollten, wie viele Stücke wir an einem Tag gefertigt hatten. Einige dieser Karten nahm ich an mich und schrieb auf ihre leeren Rückseiten Passagen aus den Tehillim nieder, an die ich mich erinnerte, besonders Al Naharot Bavel. Zwei weitere junge Frauen, die Lehrerinnen an einer religiösen Schule gewesen waren, halfen mir dabei, mich an weitere Texte zu erinnern. Ich weiß noch genau, wann ich sie aufschrieb. Es war sonntags, wenn wir früh von der Arbeit zurückkehrten; jeden Sonntagnachmittag schrieb ich ein wenig. Ich achtete gut auf diese Papierstücke, bewahrte sie sicher auf, damit sie – wenn ich befreit würde – Zeugnis davon ablegen konnten, dass wir, ungeachtet aller Umstände, etwas von unserem Jüdischsein bewahrt hatten.“[4]

Abb. 34: Goldas Siddur: Gebet aufgeschrieben von Golda Finkler auf Papier der HASAG in Leipzig, 1944/45.



3 Finkler, Kaja und Finkler, Golda: Lives Lived and Lost, S. 156.
4 Ebd., S. 163

Golda überlebte das Konzentrationslager in Leipzig ebenso wie den anschließenden Todesmarsch, auf den die Häftlinge kurz vor der Befreiung Leipzigs gezwungen wurden. Etwa 10 Tage trieb die →SS die Gefangenen ohne Verpflegung und ziellos Richtung Osten, bis schließlich nahe der Elbe die Bewacher von einem auf den anderen Tag verschwanden und Golda im ersten Kontakt mit russischen Soldaten ihre Befreiung realisierte. Ihr Weg führte sie daraufhin zu Fuß durch ein weiterhin umkämpftes Gebiet, bis sie schließlich die Grenze nach Polen passierte und am 10. Mai 1945 Warschau erreichte. An mehreren Orten in Polen suchte sie nach Freunden und Verwandten. Die wenigsten hatten überlebt, von vielen erfuhr sie nie, wo und wie sie ums Leben gekommen waren. Schließlich jedoch, nachdem sich die Hinweise auf das Überleben ihrer Tochter gemehrt hatten, war auf einmal der Aufenthaltsort Kajas in Schweden bekannt. Ebenso wie ihre Mutter war auch Kaja einige Monate vor Kriegsende nach Deutschland verschleppt worden und überlebte hier als Kind die Konzentrationslager Ravensbrück und Bergen-Belsen. Nach ihrer Befreiung evakuierte man sie mit anderen Kindern und Jugendlichen nach Schweden, damit sie sich von Hunger und Krankheit erholen konnten. Nach einem ersten Briefkontakt mit Kaja konnte Golda im Februar 1946 nach Schweden reisen und ihre zehnjährige Tochter wiedersehen. Wenige Wochen darauf gingen beide in Stockholm an Bord eines Schiffs und verließen mit zahllosen weiteren Flüchtlingen Europa.
Ihr Ziel war New York.

Literaturempfehlungen

Finkler, Kaja und Finkler, Golda: Lives Lived and Lost. East European History Before, During and After World War II as Experienced by an Anthropologist and Her Mother, Brighton/ USA 2012.

Interview mit Dr. Kaja Finkler, geführt von Ina Nazavelskis, United States Holocaust Memorial Museum, Mai 2018. https://collections.ushmm.org/search/catalog/irn611761 (letzter Zugriff: 09.10.2026)

Gespräch mit Kaja Finkler, Harry & Rose Samson Family Jewish Community Center, September 2019. Veröffentlicht auf dem YouTube-Kanal „Holocaust Education Resource Center“. https://www.youtube.com/watch?v=mzksr_7M2jA (letzter Zugriff: 09.10.2026)

Das HASAG Puzzle. Blog zur Geschichte der Hugo Schneider AG (HASAG), hg. von Martin Clemens Winter. https://hasagpuzzle.hypotheses.org/ (letzter Zugriff: 09.10.2026)

Wer bringt mir zurück die verlorenen Jahre,
Jugend, Freude und strahlenden Blick,
helle Träume, die wie längst verhallte Worte
ohne Echo ausgeträumt sind.

Wer bringt mir zurück meines Hauses Stille,
Sabbatdüfte, die brennenden Kerz'?
Wer bezahlt all die quälenden Gedanken,
die durchweinten Nächte und den Schmerz?

Wer bringt mir zurück die wärmenden Hände,
meines Vaters, der sie schützend um mich hält?
Wer wird denn vermögen, das Feuer zu löschen,
das nach erlebtem Gräuel mir im Herzen brennt?

Buchen Sie, meine Herren, als „Verlustposten"
Freude, Liebe, jugendlichen Traum
Vielleicht wird jemand die Jugend zurückholen,
und die Tränen werden bezahlt?

Henryka Karmel
(Gefangene des KZ-Außenlagers „HASAG Leipzig")

Żydowski Instytut Historyczny Warszawa, Sign. 246, Nr. 125, aus dem Polnischen übersetzt von Ewa Krauß.
Zitiert nach Karay, Wir lebten zwischen Granaten und Gedichten, S. 182.

Glossar

„Aktion Reinhardt“
Bezeichnung der SS für die systematische Ermordung der v.a. polnischen Jüdinnen und Juden im Generalgouvernement. Zwischen Frühjahr 1942 und Herbst 1943 wurden im Rahmen der „Aktion Reinhardt“ in den Vernichtungslagern Bełżec, Sobibór, Treblinka und Majdanek sowie durch Massenerschießungen etwa 1,6 bis 1,8 Millionen Menschen ermordet, überwiegend Jüdinnen und Juden, sowie zahlreiche Roma und Romnija.

Antisemitismus
Hass, Feindschaft, Vorurteile und Diskriminierung gegenüber Jüdinnen und Juden sowie gegenüber dem Judentum. In der Moderne entwickelte sich der Antisemitismus zu einem biologistisch und rassistisch begründeten Weltbild, in dem Jüdinnen und Juden als vermeintlich minderwertig und zugleich übermächtig dargestellt wurden. Die Nationalsozialisten radikalisierten den Antisemitismus zu einer Politik der Ausgrenzung, Verfolgung und systematischen Ermordung der europäischen Jüdinnen und Juden. Antisemitismus hat eine lange Geschichte und tritt in unterschiedlichen Formen auf. In dieser Broschüre geht es insbesondere um seine Bedeutung im Kontext der nationalsozialistischen Arbeitsideologie.

Antiziganismus
Hass, Feindschaft, Vorurteile und Diskriminierung gegenüber Sinti und Roma. Im Nationalsozialismus wurden Sinti und Roma als „rassisch minderwertig“ und „asozial“ verfolgt, deportiert und ermordet. Dem nationalsozialistischen Genozid an den Sinti und Roma fielen schätzungsweise 250.000 bis 500.000 Menschen zum Opfer.

„geschlossener Arbeitseinsatz“
Zwangsarbeitseinsatz außerhalb des KZ-Systems, bei dem Jüdinnen und Juden getrennt von anderen Zwangsarbeiter:innen eingesetzt wurden. Diese Form der Zwangsarbeit wurde ab Ende 1938 reichsweit ausgeweitet und diente der systematischen Ausgrenzung und Ausbeutung von Jüdinnen und Juden.

„arbeitsscheu“
Als „arbeitsscheu“ wurden unter anderem Arme, Bettler:innen, Obdachlose und Fürsorgeempfänger:innen verfolgt. Ab 1938 wurden sie systematisch in Konzentrationslager eingewiesen und zur Arbeit gezwungen.

„Entjudung“
Nationalsozialistischer Kampfbegriff für die Vertreibung und Vernichtung von Jüdinnen und Juden und allem jüdischen aus der deutschen Gesellschaft. Die Maßnahmen reichten von Berufsverboten und Zwangsverkäufen über Enteignung und Deportation bis hin zur systematischen Ermordung.

„enemy aliens“ („feindliche Ausländer“)
Bezeichnung der britischen Behörden für Staatsangehörige von Staaten, mit denen Großbritannien im Krieg stand. Nach Kriegsbeginn wurden auch deutsche und österreichische Staatsangehörige in Großbritannien als „enemy aliens“ eingestuft. Darunter waren viele jüdische Flüchtlinge vor dem Nationalsozialismus; einige wurden zeitweise interniert.

Galizien
Historische Region in Ostmitteleuropa, die bis 1918 zu Österreich-Ungarn und bis zum Zweiten Weltkrieg zur Zweiten Polnischen Republik gehörte. Heute liegt Galizien überwiegend in Polen und der Ukraine. Galizien war ein bedeutendes Zentrum jüdischen Lebens und hatte eine große jüdische Bevölkerung.

Generalgouvernement
Von den Nationalsozialisten ab 1939 eingerichtetes Besatzungsgebiet auf dem Gebiet der Zweiten Polnischen Republik, nach dem Angriff auf die Sowjetunion 1941 erweitert. Das Generalgouvernement wurde zu einem zentralen Ort der Shoah sowie der Verfolgung und Ermordung der polnischen und jüdischen Bevölkerung.

Gestapo (Geheime Staatspolizei)
Politische Polizei des NS-Staates. Die Gestapo verfolgte Menschen, die aus politischen, rassistischen oder anderen Gründen als Gefahr für das Regime oder als „gemeinschaftsfremd" eingestuft wurden. Zu ihren Mitteln gehörten Überwachung, Verhaftung, Folter, Hinrichtungen und die Einweisung in Konzentrationslager. Sie war zudem an der Überwachung und Verfolgung von Zwangsarbeiter:innen sowie an der Organisation von Deportationen beteiligt.

Ghettoisierung
Zwangsweise räumliche Absonderung und Konzentration einer Bevölkerungsgruppe in abgegrenzten Wohngebieten. Im Nationalsozialismus wurden Jüdinnen und Juden vor allem in den besetzten Gebieten Osteuropas in Ghettos gezwungen. Hunger, Krankheiten und Überfüllung führten zu hoher Sterblichkeit. Die Ghettos dienten der Kontrolle, Ausbeutung und Entrechtung der jüdischen Bevölkerung und waren Ausgangspunkte für massenhafte Deportationen in Konzentrations- und Vernichtungslager.

Konzentrations- und Vernichtungslager
Unterschiedliche Lagerformen des NS-Systems. Konzentrationslager dienten der Inhaftierung, Verfolgung, Ausbeutung und Zwangsarbeit und waren auch Orte systematischer Tötungen. Vernichtungslager wurden vor allem zum systematischen Massenmord errichtet. Die Funktionen und Strukturen der Lager konnten sich überschneiden.

KZ-Außenlager
Dezentrale Lager des KZ-Systems, in denen KZ-Gefangene außerhalb eines Stammlagers untergebracht und zur Zwangsarbeit eingesetzt wurden. Ab 1943 errichtete die SS in großer Zahl neue Außenlager, insbesondere für die Rüstungsproduktion. Im Raum Leipzig befanden sich sechs Außenlager des KZ Buchenwald.

Machtantritt / Machtübernahme / Machtübergabe
Unterschiedliche Begriffe zur Bezeichnung des Beginns der NS-Herrschaft. Am 30. Januar 1933 ernannte Reichspräsident Paul von Hindenburg Adolf Hitler zum Reichskanzler. In den folgenden Monaten errichteten die Nationalsozialisten die NS-Diktatur.
Der Begriff „Machtergreifung" stammt aus der NS-Propaganda und suggeriert einen gewaltsamen Umsturz, der in dieser Weise nicht stattfand. „Machtübernahme" wird häufig als Alternative verwendet, ist jedoch ebenfalls NS-Propagandabegriff. Mit „Machtübertragung" oder „Machtübergabe" wird dagegen betont, dass Hitler das Amt des Reichskanzlers durch die Entscheidung Hindenburgs und unter Mitwirkung anderer politischer Akteure erhielt.

Mandatsgebiet Palästina (1920-1948)
Ehemals ein Teilgebiet des Osmanischen Reiches, das nach dem 1. Weltkrieg durch den Völkerbund unter britische Herrschaft und Verwaltung gestellt wurde. Die Mandatszeit war geprägt von zunehmenden Spannungen zwischen der britischen Mandatsmacht, der arabisch-muslimischen und der wachsenden jüdischen Bevölkerung.

NS-„Volksgemeinschaft“
NS-Volksgemeinschaft bezeichnete das nationalsozialistische Ideal einer politisch, sozial und rassistisch definierten homogenen Gemeinschaft, die durch gemeinsame Zugehörigkeit zum „deutschen Volk“ verbunden sein sollte. Gleichzeitig wurden Menschen, die nach der NS-Ideologie als „rassisch“ oder politisch unerwünscht galten, systematisch ausgeschlossen und verfolgt.

Rabbi / Rabbiner
Religiöser Lehrer und Gelehrter des Judentums. Rabbiner legen religiöse Schriften und das jüdische Religionsgesetz aus, leiten Gottesdienste und betreuen jüdische Gemeinden.

Rumänischer Faschismus
Sammelbezeichnung für faschistische und ultranationalistische Bewegungen (Eiserne Garde, Legion „Erzengel Michael“) und Herrschaftsformen in Rumänien. Unter der mit Deutschland verbündeten Militärdiktatur des Generals Ion Antonescu wurden von der rumänischen Armee mindestens 300.000 Jüdinnen und Juden sowie mindestens 25.000 Roma verfolgt, deportiert und ermordet.

Schabbat
Wöchentlicher Ruhetag im Judentum, der am Freitagabend nach Sonnenuntergang beginnt und am Samstagabend nach Einbruch der Dunkelheit endet. Der Schabbat ist durch Ruhe, Gebet und religiöse Bräuche geprägt.

„Schutzhaft“
Staatlich angeordnete Inhaftierung von Personen ohne reguläres Gerichtsverfahren, insbesondere politischer Gegner:innen und anderer vom Regime verfolgter Gruppen. Sie diente der Ausschaltung vermeintlicher Gegner:innen und ermöglichte die Inhaftierung in Konzentrationslagern.

Shoah
Hebräisch für Katastrophe. Bezeichnung für die systematische Ermordung von etwa sechs Millionen europäischen Jüdinnen und Juden durch das nationalsozialistische Deutschland und seine Verbündeten zwischen 1941 und 1945. Häufig als Alternative zum Begriff Holocaust genutzt.

Sinti und Roma
(Selbst-)Bezeichnung für Angehörige ethnischer Gruppen mit vermutlich nordindischen Ursprüngen. Sinti lebten im Mittelalter vor allem im deutschsprachigen Raum und Westeuropa, Roma in Süd- und Osteuropa. Im Kontext der Aufarbeitung der nationalsozialistischen Verfolgung etablierte sich in Deutschland die Selbstbezeichnung als feststehendes Begriffspaar.

Schutzstaffel (SS)
Paramilitärische, bewaffnete Kampforganisation des NS-Regimes unter der Führung Heinrich Himmlers, die als zentrales Herrschafts- und Unterdrückungsinstrument diente. Die SS übernahm unter anderem die gewaltsame Bewachung und Verwaltung von Konzentrations- und Vernichtungslagern und führte Deportationen und Massenerschießungen durch.

Sturmabteilung (SA)
Paramilitärische Kampforganisation der NSDAP. Die SA unterstützte den Aufstieg der NSDAP durch Propaganda, Einschüchterung und Gewalt, insbesondere gegen politische Gegner:innen. Nach dem sogenannten „Röhm-Putsch“, der befohlenen Ermordung führender Kräfte der SA durch die SS 1934, verlor sie gegenüber der SS weitgehend an politischer und praktischer Bedeutung.

Städtische Arbeitsanstalt, Riebeckstraße 63
1892 als städtische Zwangsarbeitsanstalt in Leipzig eröffnet. Das Gelände war über verschiedene politische Systeme hinweg ein Ort von Ausgrenzung, Arbeitszwang und Verfolgung. Während der NS-Zeit wurden hier unter anderem als „asozial“ und „arbeitsscheu“ stigmatisierte Menschen sowie politische Gegner:innen verfolgt und inhaftiert und zur Arbeit gezwungen. Das Gelände diente zudem als Sammellager vor Deportationen, als Durchgangslager für Zwangsarbeiter:innen und als Polizeiersatzgefängnis. Zur komplexen Geschichte des Ortes arbeitet und informiert der Initiativkreis Riebeckstraße 63.

Talmud
Sammlung rabbinischer Auslegungen und Diskussionen über die jüdische Religion und das jüdische Religionsgesetz. Er entstand über mehrere Jahrhunderte und gehört zu den wichtigsten Schriften des rabbinischen Judentums.

Todesmarsch
Gewaltsame Räumung von Konzentrationslagern gegen Ende des Zweiten Weltkriegs. Die SS trieb geschwächte Gefangene unter Bewachung über lange Strecken zu anderen Lagern, Sammel- oder Aufnahmeorten. Damit sollte verhindert werden, dass die Gefangenen von den vorrückenden Alliierten befreit wurden. In den letzten Kriegstagen wurden auch in Sachsen Tausende Gefangene zwischen den Fronten und zu Sammelorten getrieben. Viele wurden ermordet oder starben an Erschöpfung, Hunger und Kälte.

Tora
Zentrale heilige Schrift des Judentums, bestehend aus den fünf Büchern Mose. Sie enthält religiöse Gebote, Erzählungen und rechtliche Vorschriften.

„Wannsee-Konferenz“
Konferenz hochrangiger Vertreter des NS-Regimes am 20. Januar 1942 in einer Villa am Wannsee in Berlin. Besprochen und koordiniert wurden die bürokratische und organisatorische Umsetzung und Zusammenarbeit bei der bereits begonnenen Ermordung der europäischen Jüdinnen und Juden. Bis zu diesem Zeitpunkt waren bereits mehr als 500.000 Jüdinnen und Juden, vor allem in den besetzten Gebieten der Sowjetunion, ermordet worden. Seit Oktober 1941 wurden zudem Jüdinnen und Juden aus dem Deutschen Reich systematisch deportiert.

Werkschutz
Betrieblicher Sicherheits- und Wachdienst. Im NS-Staat wurde der Werkschutz in Betrieben auch zur Überwachung und Kontrolle von Zwangsarbeiter:innen eingesetzt und konnte an ihrer Bestrafung beteiligt sein. In den Arbeitslagern der HASAG in Skarżysko-Kamienna war der Werkschutz zudem an Selektionen und Massenerschießungen von nicht mehr arbeitsfähigen Zwangsarbeiter:innen beteiligt.

Zionistische Bewegung(-en), Zionismus
Politische und nationale Bewegung(-en), die Ende des 19. Jahrhunderts aufgrund des zunehmenden Antisemitismus in Europa entstand. Ziel war die Schaffung und der Erhalt eines jüdischen Staates in Palästina, der Jüdinnen und Juden u.a. als Schutzraum dienen soll. 1948 führte diese Entwicklung zur Gründung des Staates Israel.

Literatur

Aly, Götz/ Hamann, Matthias/Heim, Susanne u.a. (Hrsg.): Arbeitsmarkt und Sondererlaß. Menschenverwertung, Rassenpolitik und Arbeitsamt, (Beiträge zur Nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik, Band 8), Berlin 1990.

Axster, Felix/Lelle, Nikolas (Hrsg.): Deutsche Arbeit. Kritische Perspektiven auf ein ideologisches Selbstbild, Göttingen 2018.

Axster, Felix: „Arbeit, Teilhabe und Ausschluss. Zum Verhältnis zwischen kolonialem Rassismus und nationalsozialistischem Antisemitismus“, in: Kundrus, Birthe/Steinbacher, Sybille (Hrsg.): Kontinuitäten und Diskontinuitäten. Der Nationalsozialismus in der Geschichte des 20. Jahrhunderts, (Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus, Band 29), Göttingen 2013, S. 121–133.

Ayaß, Wolfgang: „Pflichtarbeit und Fürsorgearbeit. Zur Geschichte der ‚Hilfe zur Arbeit‘ außerhalb von Anstalten“, in: Frankfurter Arbeitslosenzentrum – FALZ (Hrsg.): Arbeitsdienst – wieder salonfähig? Zwang zur Arbeit in Geschichte und Sozialstaat, Frankfurt a. M. 1998, S. 56–79.

Bach, André: „Die jüdischen sozialen Vereine Leipzigs 1929-1938/39“, in: Ephraim Carlebach Stiftung (Hrsg.): Judaica Lipsiensia. Zur Geschichte der Juden in Leipzig, Leipzig 1994, S. 132–143.

Bertram, Ellen: Menschen ohne Grabstein. Gedenkbuch für die Leipziger jüdischen Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung, 2., wesentlich erw. u. verb. Aufl., Leipzig 2011.

Bertram, Ellen: „Die Deportierten aus Leipzig und Dresden am 21 Januar 1942. Leipzig“, in: Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. u.a. (Hrsg.): Buch der Erinnerung. Die ins Baltikum deportierten deutschen, österreichischen und tschechoslowakischen Juden, München 2003, S. 799–803.

Buggeln, Marc/Wildt, Michael (Hrsg.): Arbeit im Nationalsozialismus, München 2014.

Buggeln, Marc: „Unfreie Arbeit im Nationalsozialismus. Begrifflichkeiten und Vergleichsaspekte zu den Arbeitsbedingungen im Deutschen Reich und in den besetzten Gebieten“, in: Buggeln, Marc/Wildt, Michael (Hrsg.): Arbeit im Nationalsozialismus, München 2014, S. 231–252.

Bundeszentrale für politische Bildung (Online-Redaktion): Novemberpogrom 1938, 31.10.2023, unter: https://www.bpb.de/kurz-knapp/hintergrund-aktuell/542301/novemberpogrom-1938/ (letzter Zugriff: 22.06.2026).

Butler, Deidre: Case study - Annette Wildgoose, in: Hear Our Voices. Holocaust Survivors Share their Stories of Trauma and Hate. https://ecampusontario.pressbooks.pub/hearourvoices/chapter/case-study-annette-wildgoose/ (letzter Zugriff: 09.10.2026)

Diamant, Adolf: Chronik der Juden in Leipzig. Aufstieg, Vernichtung und Neuanfang, Chemnitz/Leipzig 1993.

Ephraim Carlebach Stiftung (Hrsg.): Judaica Lipsiensia. Zur Geschichte der Juden in Leipzig, Leipzig 1994.

Fellmann, Walter: „Juden vom Brühl. Ariowitsch, Eitingon, Harmelin, Fränkel und Weiss“, in: Ephraim Carlebach Stiftung (Hrsg.): Judaica Lipsiensia. Zur Geschichte der Juden in Leipzig, Leipzig 1994, S. 268–275.

Finkler, Kaja und Finkler, Golda: Lives Lived and Lost. East European History Before, During and After World War II as Experienced by an Anthropologist and Her Mother, Brighton/ USA 2012.

Frankfurter Arbeitslosenzentrum – FALZ (Hrsg.): Arbeitsdienst – wieder salonfähig? Zwang zur Arbeit in Geschichte und Sozialstaat, Frankfurt a. M. 1998.

Friebel, Anne/Ulbricht, Josephine (Hrsg.): Zwangsarbeit beim Rüstungskonzern HASAG. Der Werksstandort Leipzig im Nationalsozialismus und seine Nachgeschichte, (Schriftenreihe der Gedenkstätte für Zwangsarbeit Leipzig, Band 1), Leipzig 2023.

Gedenkstätte für Zwangsarbeit Leipzig: Überleben und Widerstand im KZ-Außenlager "HASAG Leipzig" (Audiofeature), unter: https://www.zwangsarbeit-in-leipzig.de/fileadmin/Dateien/ns_zwangsarbeit/KZ-Aussenlager__HASAG_Leipzig_/Audio_27.01.2021.mp3 (letzter Zugriff: 29.09.2026).

Gruner, Wolf: „Arbeitseinsatz und Zwangsarbeit jüdischer Deutscher 1938/39“, in: Aly, Götz/ Hamann, Matthias/Heim, Susanne u.a. (Hrsg.): Arbeitsmarkt und Sondererlaß. Menschenverwertung, Rassenpolitik und Arbeitsamt, (Beiträge zur Nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik, Band 8), Berlin 1990, S. 137–155.

Gruner, Wolf: Der geschlossene Arbeitseinsatz deutscher Juden. Zur Zwangsarbeit als Element der Verfolgung 1938–1943, Berlin 1997.

Gruner, Wolf: Öffentliche Wohlfahrt und Judenverfolgung, (Studien zur Zeitgeschichte, Band 62), München 2002.

Hammer, Franz: „Zwangsarbeit jüdischer Menschen in Leipzig während des Nationalsozialismus“, in: Medaon, 8. Jahr, Heft 14, 2014, unter: http://www.medaon.de/pdf/MEDAON_14_Hammer.pdf (letzter Zugriff: 15.08.2026).

Held, Steffen: „‘Wir haben in Leipzig zwar heute an Stelle der einstigen 15.000 Juden nur noch etwa 1.000, dafür sind aber etwa 50.000 Ausländer aller Art hier.‘ Stadtverwaltung und Zwangsarbeit in Leipzig im Zweiten Weltkrieg“, In: Leipziger Kalender, 8. Jahr, Heft 1, 2002, S. 287–300.

Held, Steffen: „Der Novemberpogrom in Leipzig und die Massenverhaftung Leipziger Juden 1938/39“, in: Ephraim Carlebach Stiftung (Hrsg.): Judaica Lipsiensia. Zur Geschichte der Juden in Leipzig, Leipzig 1994, S. 194–206.

Karay, Felicja: Death Comes in Yellow: Skarzysko-Kamienna Slave Labor Camp. Amsterdam, 1996.

Karay, Felicja: Wir lebten zwischen Granaten und Gedichten. Das Frauenlager der Rüstungsfirma HASAG im Dritten Reich, aus dem Hebräischen übers. v. Susanne Plietzsch, Köln/Weimar/Wien 2001.

Kowalzyk, Barbara: Jüdisches Erwerbsleben in der inneren Nordstadt Leipzigs 1900-1933, Leipzig 1999.

Kralovitz, Rolf: Der gelbe Stern in Leipzig, Walter-Meckauer-Kreis, Köln 1992.

Kralovitz, Rolf: ZehnNullNeunzig in Buchenwald. Ein jüdischer Häftling erzählt, Walter-Meckauer-Kreis, Köln 1996.

Kralovitz, Rolf. Interview 29877, Visual History Archive, USC Shoah Foundation, 29.3.1997, unter https://vha.usc.edu/testimony/29877 (letzter Zugriff: 09.10.2026)

Kübler, Thomas: „Zur Demographie der jüdisch verfolgten Bürger Leipzigs 1933-45. Methodik und Ergebnisse“, in: Ephraim Carlebach Stiftung (Hrsg.): Judaica Lipsiensia. Zur Geschichte der Juden in Leipzig, Leipzig 1994, S. 144–154.

Kundrus, Birthe/Steinbacher, Sybille (Hrsg.): Kontinuitäten und Diskontinuitäten. Der Nationalsozialismus in der Geschichte des 20. Jahrhunderts, (Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus, Band 29), Göttingen 2013.

Lelle, Nikolas: „Arbeit macht frei“. Annäherungen an eine NS-Devise, Berlin 2024.

Lelle, Nikolas: Arbeit, Dienst und Führung. Der Nationalsozialismus und sein Erbe, Berlin 2022.

Maier, Dieter: „Arbeitsverwaltung und nationalsozialistische Judenverfolgung in den Jahren 1933–1939“. In: Aly, Götz/Hamann, Matthias/Heim, Susanne u.a. (Hrsg.): Arbeitsmarkt und Sondererlass. Menschenverwertung, Rassenpolitik und Arbeitsamt. Berlin 1990, (Beiträge zur Nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik, Band 8), S. 62–136.

Müller, Klaus-Dieter/Wendler, Dietmar: NS-Zwangsarbeit und Kriegswirtschaft 1939-1945. Ausländereinsatz im Deutschen Reich und in Sachsen. Repatriierung – Nachkriegsprozesse – Entschädigung, Dresden 2021.

Paulus, Julia: Kommunale Wohlfahrtspolitik in Leipzig 1930 bis 1940, Köln/Weimar/Wien 1998.

Pieper, Christine: „Juden in Sachsen 1933 bis 1945. Ein defizitäres Forschungsfeld“, in: Medaon, 8. Jahr, Heft 15, 2014, unter: http://www.medaon.de/pdf/MEDAON_15_Pieper.pdf (letzter Zugriff: 15.08.2026).

Plowinski, Kerstin: „Die jüdische Gemeinde auf dem Höhepunkt ihrer Existenz. Zur Berufs- und Sozialstruktur um das Jahr 1925“, in: Ephraim Carlebach Stiftung (Hrsg.): Judaica Lipsiensia. Zur Geschichte der Juden in Leipzig, Leipzig 1994, S. 79–91.

Ristau, Daniel: „Der 9. November 1938. Die Novemberpogrome in Sachsen im Spannungsfeld zwischen Geschichtsforschung, Gedenkkultur und persönlicher Erinnerung“, in: Medaon, 12. Jahr, Heft 23, 2018, unter: http://www.medaon.de/pdf/medaon_23_ristau_artikel.pdf (letzter Zugriff: 15.08.2026).

Ristau, Daniel: „Juden in Sachsen zwischen 1781 und 1932. Von der ‚Vorgeschichte‘ der Shoa zur Vielfalt jüdischen Lebens“, in: Medaon, 6. Jahr, Heft 10, 2012, unter: http://www.medaon.de/pdf/MEDAON_10_Ristau.pdf (letzter Zugriff: 15.08.2026).

Rockman, Chaim: None of Them Were Heroes: Letters Between the Lines 1938-1942, Jerusalem 2003.

Rodekamp, Volker/Stadtgeschichtliches Museum Leipzig (Hrsg.): Spuren jüdischen Lebens in Leipzig. Sammlung, Dokumentation und Projekte im Stadtgeschichtlichen Museum Leipzig, Leipzig 2007.

Schönemann, Sebastian: „Das Frauen-Außenlager ‚HASAG-Leipzig‘ in Leipzig Schönefeld. Neue Forschungen zur Geschichte und zum Ort des Lagers“, in: Medaon, 8. Jahr, Heft 15, 2014, unter: http://www.medaon.de/pdf/MEDAON_15_Schoenemann.pdf (letzter Zugriff: 15.08.2026).

Sonnefeld, Alina: Als Jude im NS-Internierungslager der Leipziger Arbeitsanstalt. Der Überlebensbericht von Heinz Sprung, in: Blog der Initiative Riebeckstraße 63, 29.10.2024, unter: https://riebeckstrasse63.de/dokumentation/ (letzter Zugriff: 20.08.2026)

Staatsministerium für Kultus (Hrsg.): Jüdisches Leben in Sachsen. Akteur:innen und Projekte zum Festjahr 1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland, 2021.

Ulm, Eberhard/Wacker, Jana: "Judenhäuser" in Leipzig 1939 – 1945, ein Schülerprojekt der Henriette-Goldschmidt-Schule Leipzig, in Zusammenarbeit mit dem Kulturamt Leipzig und dem Stadtgeschichtlichen Museum Leipzig, Leipzig 2007.

Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. u.a. (Hrsg.): Buch der Erinnerung. Die ins Baltikum deportierten deutschen, österreichischen und tschechoslowakischen Juden, München 2003.

Abbildungen

Abb. 1: „Die Gartenlaube“, 1854, S. 476. / Wikimedia Commons / Public Domain.
Abb. 2: Stadtgeschichtliches Museum Leipzig / Fritz Böhlemann, Inv.-Nr. F/105d/AB.
Abb. 3: Gemeindeblatt der Israelitischen Religionsgemeinde zu Leipzig, 3. Februar 1933, S. 1,
unter: https://sammlungen.ub.uni-frankfurt.de/cm/id/4881679 (letzter Zugriff: 11.10.2026)
Digitalisiert durch die Universitätsbibliothek J.C. Senckenberg Frankfurt am Main, 2014.
Abb. 4: Gemeindeblatt der Israelitischen Religionsgemeinde zu Leipzig, 12. Februar 1937, S. 2,
unter: https://sammlungen.ub.uni-frankfurt.de/cm/id/4882407 (letzter Zugriff: 11.10.2026)
Digitalisiert durch die Universitätsbibliothek J.C. Senckenberg Frank Furt am Main, 2014.
Abb. 5: Jüdisches Gemeindeblatt und Nachrichtenblatt der Gemeindeverwaltung der Israelitischen Religionsgemeinde zu Leipzig, 8. Oktober 1937, S. 1,
unter: https://sammlungen.ub.uni-frankfurt.de/cm/id/4882636 (letzter Zugriff: 11.10.2026),
Digitalisiert durch die Universitätsbibliothek J.C. Senckenberg Frank Furt am Main, 2014.
Abb. 6: Stadtgeschichtliches Museum Leipzig, Inventar-Nr. F/9046b/AB.
Abb. 7: Stadtarchiv Leipzig, 0563 (Fotosammlung), Nr. 33445.
Abb. 8: Stadtarchiv Leipzig, 0563 (Fotosammlung), Nr. 33447.
Abb. 9: Stadtarchiv Leipzig, 0031 (Hauptregistratur-Kapitelakten), Nr. 154, Bl. 280.
Abb. 10: Stadtarchiv Leipzig, 0563 (Fotosammlung), Nr. 3355.
Abb. 11: Yad Vashem – The World Holocaust Remembrance Center, Central Database of Shoah Victims’ Names,
unter: https://collections.yadvashem.org/en/names/13566703 (letzter Zugriff: 10.10.2026).
Abb. 12, 13, 14, 15: Gedenkstätte Buchenwald, Nachlass Rolf Kralovitz.
Abb. 16: Mitgliederkartei der Israelitischen Religionsgemeinde zu Leipzig von Alfons Meister, 7.5.4 / 129826888 / ITS Digital Archive, Arolsen Archives.
Abb. 17: Archiv Bürgerbewegung Leipzig e.V., Abteilung Stolpersteine, 32.06 Sammlung Familie Sprung, (Original Teil von Heinz Spung collection 2007.26, United States Holocaust Memorial Museum).
Abb. 18: Leipziger Volkszeitung Nr. 103, Jg. 30, 04.05.1923, S. 4,
unter: http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19230504/4 (letzter Zugriff: 10.10.2026)
Digitalisiert durch die Sächsische Landesbibliothek – Staats- und Universitätsbibliothek Dresden.
Abb. 19: Holocaust Center for Humanity, Seattle,
unter: https://www.holocaustcenterseattle.org/wp-content/uploads/2026/05/C.-Wollheim-Gallery-6.jpg
(letzter Zugriff: 10.10.2026).
Abb. 20: Holocaust Center for Humanity, Seattle,
unter: https://www.holocaustcenterseattle.org/wp-content/uploads/2026/05/C.-Wollheim-Gallery-5.jpg
(letzter Zugriff: 10.10.2026).
Abb. 21: Sammlung Chaim Rockman.
Abb. 22: Mitgliederkartei der Israelitischen Religionsgemeinde zu Leipzig von Lina Rochmann, 7.5.4 / 129828463 / ITS Digital Archive, Arolsen Archives.
Abb. 23: Sammlung Chaim Rockman.
Abb. 24, 25: Gedenkstätte für Zwangsarbeit Leipzig.
Abb. 26: Aufstellung der Gefangenen des KZ „HASAG Leipzig“ nach Nationalitäten, 1. März 1945, 1.1.5.1 / 5322878 / ITS Digital Archive, Arolsen Archives.
Abb. 27: Gedenkstätte für Zwangsarbeit Leipzig / Maria Caroli.
Abb. 28, 29, 30, 31: Gedenkstätte für Zwangsarbeit Leipzig.
Abb. 32, 33, 34: Yad Vashem, Prayer During the Holocaust – Golda Finkler, unter:
https://www.yadvashem.org/exhibitions/prayer-during-the-holocaust/golda-finkler.html
(letzter Zugriff: 11.10.2026).

Herausgeber: Gedenkstätte für Zwangsarbeit Leipzig / Erinnern an NS-Verbrechen in Leipzig e.V.
Redaktion: Tina Bähringer, Anne Friebel, Lea Guhlmann, Lilith Günther, Leonard Kiebel
Lektorat: Anja Kruse, Tünde Malomvölgyi
Gestaltung: Lea Guhlmann
Übersetzung: Focko Dünnhaupt
Druck: Pinguin Druck, Auflage 500 Stück
Leipzig, Oktober 2026

GEDENKSTÄTTE
FÜR ZWANGSARBEIT
LEIPZIG

Gedenkstätte für Zwangsarbeit Leipzig
Permoserstraße 15, 04318 Leipzig
Telefon: 0341 2352075
gedenkstaette@zwangsarbeit-in-leipzig.de
www.zwangsarbeit-in-leipzig.de

Mehr Informationen und englische Übersetzung:

PinguinDruck.de

Gefördert von: Referat Strategische Kulturpolitik der Stadt Leipzig, im Rahmen von „Tacheles. Jahr der jüdischen Kultur in Sachsen 2026“